

**MENSCHEN.
MEILENSTEINE.**

**50
JAHRE**



GEMEINNÜTZIGE

**Hertie
Stiftung**

**DIE HERTIE-STIFTUNG VON
1974 BIS 2024**



Einige Wegbegleiter



50 JAHRE GEMEINNÜTZIGE HERTIE-STIFTUNG. Das bedeutet auch: ein halbes Jahrhundert Zeitgeschichte und gesellschaftlicher Wandel. Wandel, der sich in fast allen Bereichen unseres Lebens vollzogen hat und immer weiter vollzieht. 50 Jahre Hertie-Stiftung, das sind in Summe rund 600 Millionen Euro an Fördergeldern und Investitionen in die Bereiche »Gehirn erforschen« und »Demokratie stärken«: von kleinen, unbürokratischen Impulsen und Soforthilfen bis hin zu großen Institutsgründungen. Mit den unzähligen Projekten, Initiativen und Programmen aus den vergangenen fünf Jahrzehnten ließe sich leicht ein ganzes Buch füllen. Anstelle einer umfassenden Chronik wirft dieses Magazin jedoch ganz bewusst nur Schlaglichter auf ein paar ausgewählte Meilensteine, in denen der Wesenskern der Hertie-Stiftung, die Quintessenz ihres Wollens und Wirkens, exemplarisch zum Ausdruck kommt. Diese Meilensteine sind Plattformen für ihr fortwährendes Bestreben, den gesellschaftlichen Wandel ein Stück weit mitzugestalten und in positive Bahnen zu lenken. Und sie sind bis heute auch immer Sprungbretter für Menschen, die diese Intention mit Leben füllen und vorantreiben. Solche Menschen kommen hier zu Wort.

DIE GEMEINNÜTZIGE HERTIE-STIFTUNG wurde 1974 von den Erben des Kaufhausinhabers Georg Karg ins Leben gerufen und ist heute eine der größten weltanschaulich unabhängigen und unternehmerisch unbundenen Stiftungen in Deutschland. Der Name »Hertie« geht zurück auf Hermann Tietz, Mitbegründer des gleichnamigen Warenhauskonzerns zum Ende des 19. Jahrhunderts. Die Stiftung ist untrennbar mit der gesamten Geschichte des Hertie-Warenhauskonzerns verbunden, ebenso wie mit den Geschichten der beiden Unternehmerfamilien Tietz und Karg. Weitere Informationen zur Vorgeschichte finden sich auf der Website www.ghst.de

¹ Johannes Rau bei »Jugend debattiert« | ² Stifter Georg Karg mit Sohn Hans-Georg Karg | ³ Frank-Walter Steinmeier bei »Jugend entscheidet« | ⁴ Angela Merkel mit internationalen Gästen in der Hertie School | ⁵ Nobelpreisträger Eric Kandel mit Michael Endres | ⁶ Gastredner Wolfgang Schäuble bei der Hertie School | ⁷ Roman Herzog mit Roland Berger

MENSCHEN. MEILENSTEINE.



EIN ABSCHLUSS UND EIN NEUBEGINN



**EIN GESPRÄCH ZWISCHEN
FRANK-JÜRGEN WEISE
UND ANNETTE SCHAVAN**

Oft markieren Meilensteine auch Neuanfänge. So geht mit dem großen Jubiläum der Hertie-Stiftung die Erneuerung ihres Vorstands einher und nach 10 Jahren als Vorsitzender übergibt Frank-Jürgen Weise das Amt an die ehemalige Bundesministerin Annette Schavan. Im gemeinsamen Gespräch blicken die beiden auf die Hertie-Stiftung und die Rolle des bürgerlichen Engagements.

ANNETTE SCHAVAN war von 1995 bis 2005 baden-württembergische Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, anschließend Bundestagsabgeordnete und Bundesministerin für Bildung und Forschung. Von 2014 bis 2018 bekleidete sie das Amt der deutschen Botschafterin am Heiligen Stuhl. Seit dem 1. April 2024 ist sie die neue Vorstandsvorsitzende der Hertie-Stiftung.

FRANK-JÜRGEN WEISE hatte von 2014 bis 2024 den Vorstandsvorsitz der Hertie-Stiftung inne. Er begann seine Laufbahn mit einem Studium bei der Deutschen Bundeswehr, wo er in verschiedensten Funktionen nahezu ein Drittel seines Berufslebens verbrachte. Darauf folgten Geschäftsführungs- und Vorstandspositionen in der Automobilzuliefererbranche. Von 2002 bis 2017 war er Vorstand und Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und – in der Hochphase der sogenannten Flüchtlingskrise – für zwei Jahre auch Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Weise: »Liebe Frau Schavan, ich bin sehr glücklich darüber, gerade Sie als meine Nachfolgerin zu wissen. Wir haben uns im Vorstand schon seit letztem Jahr intensiv über unsere Nachfolge beraten und vor allem Persönlichkeiten in den Blick genommen, die die Stiftung und ihre bisherige Arbeit kennen, die sich für unsere Themen sowohl selbst als auch andere begeistern können und die für unsere Programme Zugang zu wichtigen Entscheidern haben. Vor allem wollten wir Kandidatinnen und Kandidaten finden, die mit kritischem Blick unsere Schwerpunkte weiter vorantreiben und den Erfordernissen der Zeit anpassen, dabei aber nicht das Bisherige grundlegend auf den Kopf stellen. Weite Teile unseres Programms sind institutionalisiert, zu 70 % sind unsere Mittel in bewährter Weise festgelegt. Käme da nun eine Person, die alles neu machen will, hätte das aus meiner Sicht nicht zu bewältigende Herausforderungen zur Folge. Für den Vorstandsvorsitz waren Sie, Frau Schavan, daher für mich persönlich die Spitzenbesetzung und bei den Gesprächen und Abstimmungen erwies sich das auch als Wunsch des Kuratoriums.«

Schavan: »Das freut mich natürlich. Wobei mir der Begriff ›Spitzenbesetzung‹ gerade mit Blick auf das übrige Vorstandsteam in den Sinn kam.«

Weise: »Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Karl von Rohr ist als ehemaliger Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank prädestiniert dafür, unser Stiftungsvermögen zu pflegen. Der Wirtschaftswissenschaftler Sascha Spoun, ein hervorragender Kenner Europas in Sprache und Kultur, soll genau diese europäische Dimension vertreten. Und Frank Mattern, erfahrener Manager und langjähriger Vorsitzender im Kuratorium der Hertie School, wird den Bereich ›Demokratie‹ im Blick behalten. Und als Vertreterin der

Stifterfamilie gehört natürlich Dr. Sabine Gräfin von Norman dazu, die ihre Vorstellungen, Ratschläge und Empfehlungen mit einbringt. Mit Ihnen, Frau Schavan, und Ihrer Expertise in Bildung und Forschung an der Spitze dieses Teams sehe ich die Stiftung für die kommenden Jahre ganz hervorragend aufgestellt.«

Schavan: »Ich blicke dieser neuen Aufgabe mit großer Freude und Tatendrang entgegen. Nach den vielen Jahren in der Politik und zuletzt in der Diplomatie interessieren mich ganz besonders Möglichkeiten und Impulse aus der Gesellschaft heraus. Gerade jetzt, angesichts vieler Veränderungen, ja geradezu Brüchen, die wir erleben, sehe ich in der Gesellschaft selbst große, noch längst nicht genutzte Potenziale für Mitgestaltung. Dabei betrachte ich Stiftungen ganz allgemein als gesellschaftliche Kräfte, die als unabhängige Pioniere relativ rasch und auch mal unkonventionell Impulse setzen können, die auch für die Politik interessant sind. Sie können wichtige Projekte entwickeln und schnell umsetzen. Sie sind für mich in dieser Beziehung so etwas wie gesellschaftspolitische Schnellboote. Und sie sind jenseits der klassischen politischen Akteure auch in der Lage, Brücken zu bauen und unterschiedliche Strömungen zu versöhnen. Und das gerade in einer Zeit, in der unsere Gesellschaft zu so viel Unversöhnlichkeit neigt. Das durfte ich in den vergangenen Jahren als Kuratoriumsmitglied in der Hertie-Stiftung bereits aus nächster Nähe erleben und bin sehr glücklich darüber, mich hier nun noch unmittelbarer einbringen zu können.«

Weise: »Wann sind Sie eigentlich das erste Mal mit der Hertie-Stiftung in Kontakt gekommen? Wie haben sie diese von außen wahrgenommen?«

Schavan: »Daran erinnere ich mich noch ganz genau. Es war die Initiative ›Jugend debattiert‹ in ihrer Gründungsphase, Ende der 1990er-Jahre, durch die ich zum ersten Mal ganz bewusst mit der Arbeit der Hertie-Stiftung in Berührung kam. Ich war damals Kultusministerin von Baden-Württemberg und so begeistert von dieser Idee, dass ich mir vornahm, die gesamte Kultusministerkonferenz von diesem völlig neuartigen Projekt zu überzeugen. Es ist mir auch in nur 12 Monaten gelungen, alle anderen 15 Bundesländer dazu zu bewegen, mitzumachen. Wer die Kultusministerkonferenz kennt, weiß, 12 Monate sind da (sie lacht) ein ziemlich kurzer Zeitraum. Ich fand es damals beeindruckend, wie man auf diesem ungewöhnlichen Weg Jugendliche erreichen und für demokratische Prozesse begeistern kann. Wer mal

bei einer Finalrunde von ›Jugend debattiert‹ dabei ist, der erlebt das leibhaftig: Diese großartigen jungen Leute lieben es offenkundig, gute Debatten zu führen. Später, in meiner Zeit als Bundesministerin, habe ich dann die Gründung des Hertie-Instituts für klinische Hirnforschung in Tübingen sehr interessiert verfolgt. Ich weiß auch, wie glücklich die baden-württembergische Regierung bis heute mit diesem Leuchtturm-Projekt ist. Insofern ist meine neue Rolle hier zugleich eine schöne Wiederbegegnung mit Projekten der Hertie-Stiftung, die ich zunächst einmal aus einer ganz anderen Perspektive erlebt habe. Und deshalb weiß ich, dass es ihr eben immer wieder gelungen ist, das Neue aufzuspüren, aufzuspüren, was jetzt wichtig ist, und es so umzusetzen, dass viele Partner dabei sind.«

Weise: »In Tübingen haben wir übrigens gerade mit einer Anschubfinanzierung von 10 Millionen Euro die Hirnforschung um den zukunftsweisenden Bereich der künstlichen Intelligenz erweitert, indem wir dort das ›Hertie Institute for Artificial Intelligence in Brain Health‹ gegründet haben. Ein absolut folgerichtiger Schritt, dort auch diese neuen Technologien zu etablieren. Überhaupt: Die Hertie-Stiftung ist zwar eine fördernde, aber zugleich eine stark operativ arbeitende und inhaltlich gestaltende Stiftung. So konnten wir mit der Hertie School nicht nur eine private Hochschule für ›gutes Regieren‹ aufbauen, sondern dort schon sehr früh das Thema ›Sicherheitspolitik‹ in einem eigenen Centre etablieren. Schon lange vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine war uns bewusst, dass Rechtsstaatlichkeit in Europa auch Sicherheit braucht. Das war in der universitären Lehre

»ÜBERHAUPT IST DIE HERTIE-STIFTUNG ZWAR EINE FÖRDERNDE, ABER ZUGLEICH EINE STARK OPERATIV ARBEITENDE UND INHALTLICH GESTALTENDE STIFTUNG.«

Frank-Jürgen Weise

»GERADE JETZT, ANGESICHTS VIELER VERÄNDERUNGEN, JA GERADEZU BRÜCHEN, DIE WIR ERLEBEN, SEHE ICH IN DER GESELLSCHAFT SELBST GROSSE, NOCH LÄNGST NICHT GENUTZTE POTENZIALE FÜR MITGESTALTUNG.«

Annette Schavan

und Forschung damals ein Alleinstellungsmerkmal und ist es vielleicht auch noch heute. Das sind nur zwei Beispiele, wo wir in Eigenregie gewinnbringende gute Projekte auf den Weg gebracht und damit doch einiges bewegt haben, wie ich denke.«

Schavan: »Genau durch diese Gestaltungskraft war die Hertie-Stiftung auch immer in der Lage, in der Politik Gehör, die notwendige Kooperationsbereitschaft oder Unterstützung zu finden. Sie war für die Politik schon immer ein interessanter und inspirierender Gesprächspartner. Dabei denke ich beispielsweise an Ihre Machbarkeitsstudie, zu einem ›europäischen Gesellschaftsdienst‹, Herr Weise. Das finde ich eine sehr gelungene Herangehensweise – jenseits der Diskussion um ›Pflicht‹ oder ›Freiwilligkeit‹. Wir müssen uns ja Gedanken machen zu der Frage: Wie gewinnen wir junge Leute für dieses großartige Europa? Es hat keinen Sinn, ihnen Vorträge zu halten, sondern sie brauchen eine unmittelbare Erfahrung, und ein solcher Gesellschaftsdienst erscheint mir da als ein fruchtbarer Ansatz. Wenn junge Menschen aus ganz Europa eine Zeit in anderen Ländern verbringen, dort eingebunden sind, gebraucht werden und etwas mit gestalten können, dann schafft das ein ganz anderes Verständnis von und für Europa. Es ist eine große Stärke der Hertie-Stiftung, solche Ideen zu entwickeln.

Dabei hat sie sich, und das ist wichtig, ihre Eigenständigkeit und die Unabhängigkeit von jedweder politischen Ausrichtung bewahrt. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Kreativität einer Stiftung und die Glaubhaftigkeit gegenüber allen gesellschaftlich relevanten Akteuren und Partnern.«

Weise: »Das ist sicherlich etwas, das ich aus meiner Zeit hier mitnehme. Ich war schon immer jemand, der an seinen Aufgabenstellungen wächst, und wir haben hier intern auch kontroverse Diskussionen zu den verschiedensten Themen geführt. Das muss man aushalten und zulassen, dass es mitunter die eigene Sichtweise verändert. Ich bin durch die Jahre jedenfalls so in einem breiten Spektrum der liberalen Demokratie angekommen. Viele operieren da mit den Begriffen ›rechts‹ und ›links‹. Ich überhaupt nicht mehr. Für mich ist das entscheidende Kriterium, inwiefern etwas unseren demokratischen Werten entspricht. Ist es gemeinwohlorientiert? Kann es den Menschen wirklich weiterhelfen und wird es auch wirksam? Das ist es, was gute Stiftungsarbeit wie auch gute Politik ausmacht. Und dieses Denken hat mich nach der Summe meiner beruflichen Erfahrungen noch einmal frei werden lassen, als Mensch, der weiß, dass er mit seinem Engagement in dieser Stiftung seinen gesellschaftlichen Beitrag mit geleistet, aber dabei auch enorm profitiert hat. Ich konnte hier Themen und Menschen kennenlernen, die mich sehr bereichert haben.«

DEMOKRATIE ALS DISKURS

»Jugend
debattiert« –
eine Rhetorik-
Initiative



Mit der Initiative »Jugend debattiert« hat die Hertie-Stiftung vor über 20 Jahren eine Erfolgsgeschichte begründet, die bis heute zahllose junge Menschen erreicht und zum Teil nachhaltig geprägt hat. Bundesweit sind mittlerweile über 1.500 weiterführende Schulen mit ihren engagierten Lehrkräften an dem Programm beteiligt – ein gutes Drittel davon sind keine Gymnasien. Und so messen sich jährlich rund 200.000 Jugendliche in ihren Debattierkünsten. Zunächst auf Schul-, später auf Landes- und schließlich auf Bundesebene. Darüber hinaus ist der Wettbewerb heute in 40 Ländern rund um den Globus präsent, wo Deutsch als Fremdsprache gelehrt und gelernt wird.

Es liegt im Wesen unserer Demokratie, dass wir über die Dinge verhandeln, bevor wir Entscheidungen treffen – indem wir miteinander reden und streiten. Das tun wir von der kleinsten Keimzelle der Gesellschaft, der Familie, über den viel zitierten Stammtisch, der heute vor allem in den Social-Media-Kanälen stattfindet, bis hinauf in die Parlamente. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen spielt das kultivierte Streiten eine zentrale Rolle und es gelingt ohne Zweifel da am besten, wo es gelernt und trainiert wurde. Dessen war man sich seit der Antike bewusst, weshalb die Rhetorik neben Grammatik und Logik den sieben akademischen Künsten zugerechnet wurde. Anders als in der angelsächsisch geprägten akademischen Welt, wo sich die »Debate Clubs« schon ab dem 18. Jahrhundert zu einer Art Wettkampfsport entwickelten, war die Redekunst in Deutschland im Lauf der Geschichte in Verruf geraten und im Bildungskontext oft nur noch Gegenstand kritischer Analysen hinsichtlich ihres manipulatorischen Potenzials.

**AUF ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN
EBENEN SPIELT DAS KULTIVIERTE
STREITEN EINE ZENTRALE ROLLE
UND ES GELINGT OHNE ZWEIFEL DA
AM BESTEN, WO ES GELERNT UND
TRAINIERT WURDE.**

Erst in den 1990er-Jahren entstanden hierzulande die ersten universitären Debattiervereine. Diese aufkommende Renaissance der Rhetorik wurde auch seitens der Hertie-Stiftung wahrgenommen. Gemäß dem Gedanken »Früh übt sich, wer Meister werden will« reifte hier die Idee, eine Rhetorik-Initiative für Jugendliche ins Leben zu rufen, wie sie 1999 in Hamburg als Modellprojekt durchgeführt worden war. So entstand »Jugend debattiert« als Schülerwettbewerb mit Lehr- und Trainingsprogramm für den Unterricht. Auf Vorschlag des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der auch die Schirmherrschaft übernahm, wurde die Initiative auf ganz Deutschland ausgeweitet, wo sie bis heute mit weiteren Partnern umgesetzt wird. Seit 2005 expandiert die Initiative auch international.

»Jugend debattiert« folgt klaren Regeln. Eine davon ist, dass erst kurz vor dem Debattenstart ausgelost wird, wer die Pro- und wer die Contra-Seite vertritt. Die Teilnehmenden sind also gezwungen, sich auch Argumente anzueignen und überzeugend vortragen zu können, die nicht ihrer persönlichen Meinung entsprechen. Das macht den Wettbewerb spannend und ist zugleich eine wunderbare Übung in Einfühlungsvermögen und Akzeptanz gegenüber Andersdenkenden. Doch genug der Hintergründe, Zahlen, Daten und Fakten – auf geht's in medias res: Je zwei Debatantinnen und Debattanten, allesamt Bundesfinalisten aus dem Jahr 2023, haben sich hier zwei Fragen vorgenommen. Normalerweise finden die Debatten live vor Publikum und einer Jury statt. Der besondere Spirit, der Wettkampfgeist, der damit einhergeht, ist in der schriftlichen Form natürlich weniger zu spüren. Auch können die Debatten hier leider nicht in Gänze wiedergegeben werden. Dennoch: Die Spiele sind eröffnet!

DEBATTE 1:

SOLL IN DEUTSCHLAND EIN FAMILIENWAHLRECHT EINGEFÜHRT WERDEN?

Unter Familienwahlrecht versteht man ein Modell der Wahlbeteiligung für Minderjährige, bei der die Eltern für jedes ihrer noch nicht wahlberechtigten Kinder eine zusätzliche Stimme abgeben können, um deren Interessen politisches Gewicht zu verleihen. Unter den Befürwortern finden sich Politikerinnen und Politiker der unterschiedlichsten Parteien wie auch Verfassungsrechtler. Maresa (16) aus Brandenburg nimmt hier die Rolle der Pro-Debatantin ein, Nele (15) aus Thüringen entsprechend den Contra-Part.

Maresa: »Rund 17 % aller Deutschen sind minderjährig und somit nicht wahlberechtigt. Ihnen fehlt eine politische Stimme und das, obwohl sie diejenigen sind, die in Zukunft mit den heute getroffenen Entscheidungen leben müssen. In Art. 20, Absatz 2 unseres Grundgesetzes steht: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Zum Volk gehören jedoch auch alle Minderjährigen. Dieser Artikel ist also nur vollständig umsetzbar, wenn auch die Stimmen der Minderjährigen vertreten werden, was mit dem Familienwahlrecht gegeben wäre.«

Nele: »Wie will man aber sichergehen, dass die Eltern auch im Sinne ihrer Kinder wählen? Eltern könnten zwar in den Austausch mit ihnen gehen, aber sie sind am Ende die Personen, welche die zusätzliche Stimme abgeben. Eltern können sie der Partei geben, die sie sowieso schon wählen oder die sie für die richtige Wahl halten, auch wenn ihr Kind eine ganz andere Meinung hat. Ist dann das Problem gelöst?«

Maresa: Ein rechtmäßiges Einsetzen der Stimme ist durch Art. 6, Absatz 2 GG gesichert. Dort wird die Pflege der Kinder als höchste Pflicht der Eltern festgelegt, was sie daran bindet, im Interesse ihres Kindes zu wählen. Die Meinungen, welche Partei am ehesten im Interesse des Kindes handelt, spalten sich zwar, aber das ist ein Teil unserer demokratischen Wahlfreiheit.«



Nele: »Der Deutschlandfunk hat eine Umfrage durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass ganze drei Viertel der befragten Eltern die gleiche Partei für ihre Kinder wählen würden, welche sie sowieso schon wählen. Im Grunde bedeutet das also, dass wir nur Erwachsene hätten, die für sich selbst mehr Stimmrecht beanspruchen können. Ist das fair und demokratisch? Hätten wir dann die Garantie auf eine Politik, die sich mehr auf Kinder, Zukunft und Familien fokussiert? Wohl eher nicht.«

Maresa macht dann unter anderem noch geltend, dass das Familienwahlrecht die Familienpolitik als solche für Parteien attraktiver machen würde, weil sich die Politik meist an Wählerstimmen orientiere. Und sie argumentiert, die Einbindung und Mitbestimmung Minderjähriger könne bei diesen »das allgemeine politische Interesse anregen, wohingegen ein totaler Ausschluss von den Wahlen, wie wir ihn aktuell erleben, Frust und Politikverdrossenheit fördert«. Aber auch Nele bringt weitere starke Argumente gegen das Familienwahlrecht vor wie den Verstoß gegen zentrale Wahlgrundsätze wie die Wahlgleichheit und das Wahlgeheimnis, aber auch das mögliche Gefühl der Benachteiligung seitens der kinderlosen Wählerschaft. Und wie denken die beiden im wirklichen Leben, also außerhalb der Debattenarena? Sie sind vom Konzept des Familienwahlrechts nicht überzeugt und plädieren stattdessen für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. In Anbetracht so informierter und engagierter junger Bürgerinnen wie diesen beiden fällt es jedenfalls schwer, sinnvoll dagegen zu argumentieren ...

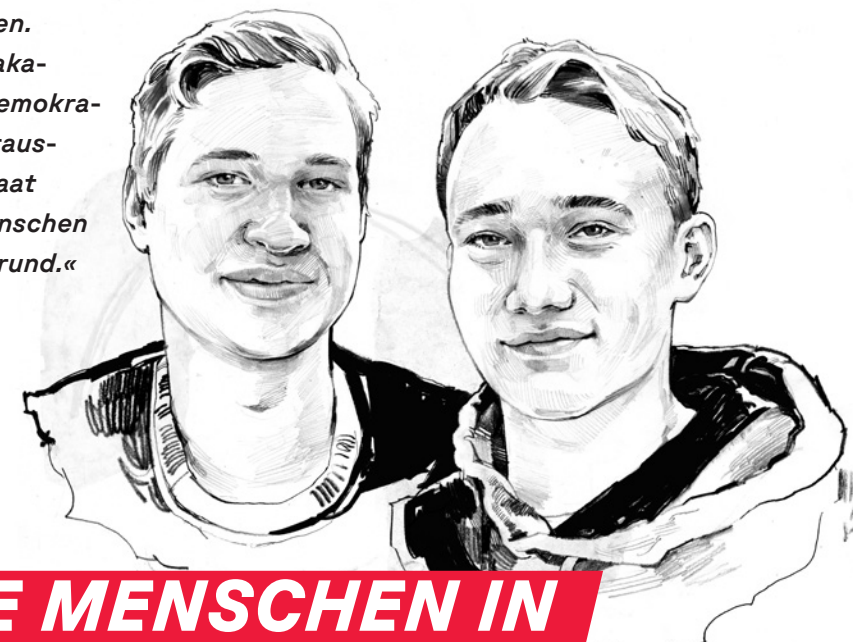
Die Frage der Debatte 2 taucht seit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des zivilen Ersatzdienstes für Männer in Deutschland immer wieder in dem öffentlichen Diskurs auf. Christopher (17) aus Mecklenburg-Vorpommern übernimmt hier die Pro-Argumentation, Konrad (17) aus Bayern die Contra-Seite.

Christopher: »Ein Pflichtjahr ist eine gute Möglichkeit, offene Stellen im sozialen Bereich zu besetzen. Laut Statista fehlten in Deutschland 2022 über 18.000 Fachkräfte in der Altenpflege und über 22.000 in der Kindererziehung. Erst wenn man aus erster Hand den Alltag in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und anderen sozialen Bereichen wahrnimmt, kann man diese Arbeit richtig wertschätzen. Außerdem werden in unserer auf Leistung ausgerichteten Gesellschaft viele Menschen über soziale Berufe erst gar nicht nachdenken. Das soziale Jahr könnte ihnen die vielfältigen Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten veranschaulichen.«

Konrad: »Können diese Systeme jährlich Hunderttausende unqualifizierte junge Menschen gebrauchen? Solche, die zusätzlich noch unmotiviert sind, da sie ja zu ihrer Arbeit gezwungen werden? Wohl kaum. Die junge Generation ist zudem in einem krisenbehafteten Umfeld erwachsen geworden. Finanzkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Klimakatastrophe, Kriege, Corona, Angriffe auf die demokratische Gesellschaft und Terrorismus – die Herausforderungen waren groß genug. Sollte der Staat nun maßregelnd in die Freiheit der jungen Menschen eingreifen, so braucht er dafür einen guten Grund.«

Christopher: »Viele kritisieren einen zunehmenden Egoismus junger Menschen. Sie würden sich nur noch für sich selbst interessieren und nicht mehr solidarisch handeln. Dabei ist es eine sehr wichtige Fähigkeit eines Erwachsenen, die gesellschaftliche Perspektive einzunehmen, sich also nicht nur für sich selbst zu interessieren, sondern auch für Mitmenschen und deren Leben. Dadurch gewinnt man einen für eine solidarische Gesellschaft essenziellen Schatz.«

Konrad: »Das soziale Pflichtjahr gibt vor, viele Probleme auf einmal zu lösen: eine vermeintliche Politikverdrossenheit bei jungen Menschen, den Fachkräftemangel in sozialen Berufen, den fehlenden Zusammenhalt der Zivilgesellschaft – doch es scheitert an diesem Anspruch. Es würde nach der Umsetzung lediglich zu Verwerfungen zwischen den Generationen, echter Enttäuschung bei jungen Menschen und einem Gefühl der Machtlosigkeit führen. Diese Probleme können und müssen anderweitig politisch gelöst werden. Die Lasten der politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte auf die Jüngsten abzuladen, ist unterkomplex und ungerecht.«



DEBATTE 2:

SOLLEN JUNGE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND VOR DEM EINTRITT INS BERUFSLEBEN EIN SOZIALES PFLICHTJAHR ABSOLVIEREN?

Auf der Pro-Seite führt Christopher noch an, dass die Erfahrungen aus dem Zivildienst gezeigt hätten, dass dieser trotz Zwang von den Betroffenen oft als Bereicherung gesehen wurde und das Pflichtjahr auch als eine Bedenkzeit zur eigenen Lebensplanung dienen könnte. Und er argumentiert auch, dass man das Pflichtjahr als Gegenleistung für Maßnahmen wie das Kindergeld oder die kostenlose Schulausbildung sehen könnte. Er spricht von einem »Zurückgeben« als »Zeichen der Dankbarkeit und geistigen Reife«. In ihrer tatsächlichen Meinung sind sich beide jedoch einig: Sie sprechen sich ganz klar gegen das Pflichtjahr aus. Konrad verweist dabei unter anderem noch auf gesellschaftliche Herausforderungen wie die notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität oder die Verteidigung unserer Demokratie gegen ihre Feinde und für »die Erhaltung unserer freien Gesellschaft«. »Spalterische Diskussionen« wie die um das Pflichtjahr hält er dabei für eher hinderlich. Christopher ist auch überzeugt, dass zum Beispiel die Probleme in den sozialen Berufen durch die Maßnahme letztlich »nur kaschiert« würden und sich gesellschaftlicher Zusammenhalt wohl auch nicht erzwingen lasse.

Beide Debatten sind längst nicht endgültig ausgefochten. Das ist auch nicht das Ziel von »Jugend debattiert«. Vielmehr will das Programm fördern, dass mitten im Schulalltag die Demokratie als Diskurs praktiziert wird. Und es will wichtige Demokratiekompetenzen wie das Zuhören, das Einnehmen gegensätzlicher Perspektiven, das positive Streiten und die Fähigkeit vermitteln, Person und Position voneinander zu abstrahieren. Denn gerade in einer Gesellschaft, die sich immer weiter ausdifferenziert und diversifiziert, ist es von zentraler Bedeutung, dass wir Menschen – trotz ihrer gegenteiligen Meinungen – als Menschen akzeptieren. Das ist die Basis einer starken Demokratie.

»JUGEND DEBATTIERT« WILL DIE FÄHIGKEIT VERMITTELN, PERSON UND POSITION VONEINANDER ZU ABSTRAHIEREN.



LEUCHTTURM IN DER FORSCHUNGS-LANDSCHAFT

Das Hertie-Institut für klinische Hirnforschung



Es war bei seiner Gründung im Jahr 2001 einzigartig – und ist es noch heute: das Hertie-Institut für klinische Hirnforschung, kurz: HIH. Gemeinsam mit der Neurologischen Klinik des Universitätsklinikums Tübingen bildet es das Hertie-Zentrum für Neurologie. Allein die Kombination aus finanziellen Mitteln der Hertie-Stiftung und des Landes Baden-Württemberg ist mehr als außergewöhnlich. Auch die enge Verflechtung aus klinischer Patientenversorgung, Forschung und wissenschaftlicher Ausbildung sucht hierzulande ihresgleichen.

Und das ist längst nicht alles, was das HIH zu einem Leuchtturm und Meilenstein in der Forschungslandschaft Deutschlands macht. Ein Novum war von Anfang an die sogenannte Department-Struktur. Universitäre Institute sind in Deutschland oft in hierarchischen Lehrstühlen organisiert, denen einzelne Personen im Rahmen einer Professur vorstehen. Demgegenüber ermöglicht die Organisationsstruktur des HIH mit ihrem interdisziplinären Charakter, ihrer Bündelung von Ressourcen und vor allem den flachen Hierarchien eine die Fachgebiete übergreifende Zusammen-

arbeit auf Augenhöhe. Die Vergabe von Forschungsmitteln an die einzelnen Arbeitsbereiche ist zudem flexibel gestaltet. Gerade junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler profitieren von dieser Institutsstruktur und ihrer Kultur, weil sie bereits in einer relativ frühen Phase ihrer wissenschaftlichen Karriere in den Arbeitsgruppen ein hohes Maß an Autonomie und Eigenverantwortung genießen. Für viele dieser jungen Talente war das HIH bereits Sprungbrett in führende Positionen an anderen Instituten.

Über 70 Millionen Euro hat die Hertie-Stiftung bis heute in dieses bedeutende Reformprojekt investiert. 30 Arbeitsgruppen, 24 Professorinnen und Professoren sowie weitere 400 Mitarbeitende widmen sich hier den unterschiedlichsten neurologischen Schwerpunkten: von den neurovaskulären, also den die Blutgefäße in Gehirn und Rückenmark betreffenden, Phänomenen wie dem Schlaganfall und den neurodegenerativen Erkrankungen wie Parkinson oder Alzheimer über die Epileptologie und Neuroonkologie bis hin zu dem Fachgebiet »Neuronale Dynamik und Magnetenzephalographie«, in dem komplexe Prozesse im Gehirn wie Wahrnehmung, das Treffen von Entscheidungen oder motorisches Verhalten erforscht werden. Auch spielen Themen wie Neurorehabilitation und Neurotechnologie eine wichtige Rolle. Sowohl die Förderung der Grundlagenforschung als auch die einer möglichst schnellen sogenannten Translation der hier gewonnenen Erkenntnisse in die

klinische Praxis sind von großer Bedeutung. Denn einige dieser Erkrankungen sind weltweit auf dem Vormarsch und stellen unsere Gesellschaft vor immer größere Herausforderungen. Die Zahl der an Parkinson erkrankten Menschen beispielsweise hat sich zwischen 1990 und 2015 bereits mehr als verdoppelt. Neuste Hochrechnungen kommen zu dem alarmierenden Ergebnis, dass bis 2040 bis zu 17 Millionen Menschen betroffen sein könnten. Dafür sind vor allem der demografische Wandel und eine steigende Lebenserwartung verantwortlich, aber wohl auch Umwelteinflüsse. Abgesehen von all dem damit verbundenen Leid rollt auf die Gesundheitssysteme eine immense Kostenwelle zu. Und trotz der großen Zahl an Fortschritten und Innovationen in Forschung, Diagnostik und Therapie liegen die genauen Zusammenhänge und Ursachen von Parkinson und anderen neurologischen Erkrankungen oft noch im Dunkeln.

Hier kommen Persönlichkeiten zu Wort, die mit ihrer Arbeit entscheidend zu Fortschritten in diesen Bereichen beitragen. Sie alle blicken auf eine prägende Zeit am HIH zurück.

»Das HIH hat mir einen Karriereweg eröffnet, den es an deutschen Universitäten sonst kaum gibt, indem ich von der Postdoc-Phase direkt in eine Gruppenleiterposition kam. Außerdem ist die enge Verbindung von Grundlagenforschung und klinischer Forschung dort absolut vorbildhaft. Genau das brauchen wir heute in der Entwicklung neuer Therapien.«

PROF. DR. JONAS NEHER ist Neuroimmunologe. Er vertiefte am HIH seine Forschung zu Alzheimer und fungierte als Leiter einer eigenen Forschungsgruppe. Seit 2023 bekleidet er eine Professur für Biochemie an der Medizinischen Fakultät der LMU München. Schwerpunktmäßig forscht er zur Beteiligung des Immunsystems an Alzheimer und an Alterungsprozessen des Gehirns allgemein sowie an Veränderungen der Blutgefäße und der Blutgefäßfunktion als Mechanismus der Gehirnalterung.



»Meine Vision ist es, genetische Diagnostik für alle Patientinnen und Patienten verfügbar und bezahlbar zu machen. Dabei soll die modernste Technologie mit der bestmöglichen Qualität und Schnelligkeit angewendet werden. Als Forschungsgruppenleiterin am HIH wurde ich in meinen Ideen bis hin zur Unternehmensgründung immer bestärkt und ermutigt.«

DR. DR. SASKIA BISKUP ist Ärztin, Wissenschaftlerin und Unternehmerin im Bereich der Humangenetik. In ihrer Forschung entdeckte sie Mutationen am bis dahin unbekannten Gen LRRK2, das heute am häufigsten mit dem Parkinson-Syndrom in Verbindung gebracht wird. Nach verschiedenen akademischen Stationen wechselte sie ans HIH. Neben ihrer Forschung dort war sie Mitgründerin eines auf Gen-Sequenzierung und Diagnostik spezialisierten Unternehmens sowie einer Praxis für Humangenetik.



»Die schlanke Organisationsstruktur am HIH ist in der Unterstützung von Forschungsideen sehr effektiv. Ich kam hier meinem Forschungsziel näher, unser Verständnis der Reparaturmechanismen von Nerven und Rückenmark zu verbessern. Verletzungen in diesem Bereich verursachen dauerhafte Behinderungen, für die es noch keine Heilung gibt. Das betrifft Millionen Menschen weltweit.«

PROF. SIMONE DI GIOVANNI, M.D. und Ph.D., hat den James-W.-Hartnett-Lehrstuhl für Restaurative Neurowissenschaften am Imperial College in London inne – eine der forschungsstärksten Universitäten der Welt. Neben seiner Professur leitet er die Abteilung Neurologie beim Imperial National Health Service Trust. Am HIH war er über 10 Jahre als Leiter einer Forschungsgruppe für Neuroregeneration und -reparatur tätig.



»Meine Arbeiten beschäftigen sich mit den Ursachen und Therapiemöglichkeiten der Epilepsie sowie assoziierter Erkrankungen. Diese haben unter anderem zu neuen Therapiestrategien geführt, was den Betroffenen in vielen Fällen direkt zugutekam. Mein Forschungsgebiet verlangt nach einer engen Verzahnung mit den klinischen Fragestellungen, was das HIH in optimaler Weise bietet.«

PROF. DR. YVONNE WEBER leitet die Sektion Epileptologie an der Neurologischen Klinik der RWTH Aachen, einer der anerkanntesten Technischen Hochschulen in Europa. Zuvor war sie unter anderem Leitende Oberärztin und stellvertretende Ärztliche Direktorin der Abteilung Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie am Universitätsklinikum Tübingen sowie Arbeitsgruppenleiterin am HIH.



»Parkinson ist weltweit rasant auf dem Vormarsch. Meine Forschung zielt darauf ab, die Krankheit prognostizieren oder so frühzeitig diagnostizieren zu können, dass therapeutische Interventionen das Leid der Betroffenen wie auch die Kosten für die Gesellschaft deutlich einzugrenzen vermögen. Im Forschungsumfeld des HIH konnte ich eine wesentliche Basis für meine Arbeit legen.«

PROF. DR. DANIELA BERG ist Direktorin der Klinik für Neurologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, leitet dort die Forschungsgruppe »Früherkennung Parkinson« und ist unter anderem Vizepräsidentin und ab 2025 Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Neurologie. Im Rahmen ihrer Forschung machte sie Entdeckungen, durch die eine Parkinson-Veranlagung anhand von Biomarkern erkannt werden kann, lange bevor die Krankheit ausbricht.



»Die drei Faktoren Ressourcen, Professionalität und Governance sind für mich die wesentlichen Erfolgsfaktoren für Spitzenforschung. Das habe ich in diversen Instituten in den USA erfahren, am HIH mit ausgebaut und auch nach Hamburg mitgenommen. Damit schaffen wir die strukturellen Grundlagen für herausragende Erkenntnisse und Anerkennung in der internationalen Wissenschaft zum Wohl der Menschen.«

PROF. DR. CHRISTIAN GERLOFF ist Facharzt für Neurologie, Wissenschaftler und heute Ärztlicher Direktor sowie Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – UKE, eine der führenden Kliniken Europas. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt im Bereich Schlaganfall und Neuroplastizität. Vor seinem Wechsel nach Hamburg war Prof. Gerloff in verschiedenen leitenden Funktionen am HIH tätig.



Künstliche Intelligenz in der Hirnforschung

Am Standort Tübingen befindet sich das neue Hertie Institute for AI in Brain Health im Aufbau. »AI« steht für »Artificial Intelligence«. Dort werden auf Basis der jüngsten allgemeinen Fortschritte im Bereich des maschinellen Lernens KI-Methoden zum besseren Verständnis des gesunden und erkrankten Nervensystems entwickelt. Vor allem soll KI dazu beitragen, Krankheiten früher zu erkennen, ihre Verläufe besser zu prognostizieren und sie gezielter behandeln zu können. Dabei werden riesige Datensätze aus der Grundlagenforschung und der klinischen Praxis verwendet. Ziel des Instituts ist die Entwicklung innovativer klinischer KI-Methoden, die den besonderen Anforderungen an Genauigkeit, Robustheit und Interpretierbarkeit gerecht werden und direkt im klinischen Alltag getestet werden können. Am Standort Tübingen ist das neue Institut von Anfang an in ein einzigartiges Netzwerk aus Forschungsinitiativen in den Neurowissenschaften und der künstlichen Intelligenz eingebettet.

ZUWANDERUNG REMASTERED



VOM WANDEL IN MIGRATION UND INTEGRATION

Als Armando Rodriguez de Sá im September 1964 mit dem Zug aus Lissabon in Köln-Deutz ankam, wartete am Bahnsteig eine Delegation aus Polit- und Verbandsgrößen mit einem zweisitzigen Zündapp Sport Combinette-Mokick als Geschenk. Man hatte ihn Pi mal Daumen zum millionsten Gastarbeiter erklärt, um seinen feierlichen Empfang medienwirksam in Szene zu setzen. Dass er das Moped mangels eines Führerscheins nie würde fahren dürfen, wäre an sich ein schöner Treppwitz der deutschen Migrationsgeschichte, wäre da nicht noch eine eher bittere Pointe am Ende: Der feierlich willkommen Geheißene erkrankte nur wenige Jahre später schwer und verstarb in seiner Heimat in Armut, weil ihn niemand über seine Leistungsansprüche aus der deutschen Krankenkasse informiert hatte. Das ist keine schöne Geschichte, aber man muss sie wohl als symptomatisch für den Umgang mit den Gastarbeitern in den 60er-Jahren betrachten.

Das Gastarbeiter-Konzept der BRD war simpel: geringer qualifizierte Arbeitskräfte aus armen Ländern anwerben, die für vergleichsweise wenig Geld möglichst die Jobs machen, die sonst niemand will, und anschließend wieder in ihre Heimat zurückkehren. Punkt. An so etwas wie »Integration« musste man also erst gar nicht denken, ja, man setzte sogar bewusst auf Separation, um es den Fremden hier nur nicht zu heimelig zu machen. Bei einem Teil der Gastarbeiter ging dieses Kalkül auf: Sie haben tatsächlich Deutschland wieder verlassen. Aber in direkter oder indirekter Folge dieses wenig durchdachten Konzepts leben derzeit 6,7 Millionen Menschen in Deutschland, die selbst – oder deren Eltern und Großeltern – aus den klassischen Anwerbeländern eingewandert sind. Heute, wo wir scheinbar hitziger denn je über Migration und Integration diskutieren, liegen da einige Fragen auf der Hand: Welche problematischen Weichen wurden damals vielleicht schon gestellt? Was hat sich an unserer Einstellung zur Zuwanderung seither verändert und was haben wir aus dieser Vergangenheit gelernt? Und natürlich: Ist unsere aktuelle Integrationspolitik tatsächlich gescheitert, wie immer wieder zu hören ist?

Prof. Dr. Herbert Brücker sitzt im Direktorium des von der Hertie-Stiftung gegründeten BIM – Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität und leitet dort die Abteilung für Ökonomie. Seine Sicht auf die damalige Situation: »Anders als andere OECD-Staaten hat die BRD gezielt manuelle Arbeitskräfte mit einem eher geringen Bildungs- und Qualifikationsniveau angeworben, vor allem in Industrien, die wie der

Bergbau und die Leichtindustrien negativ vom Strukturwandel betroffen waren. Am Anfang waren die Beschäftigungsquoten noch höher als in der deutschen Bevölkerung, aber mit der 1972/73 einsetzenden Wirtschafts- und Energiekrise war die Gruppe der Gastarbeiter überdurchschnittlich von der wachsenden Arbeitslosigkeit betroffen.« Aus der Gastarbeiterlösung wurde so ein Gastarbeiterproblem. Über den Familiennachzug verfestigte sich eine sozial isolierte, offen diskriminierte und ökonomisch schlecht gestellte Bevölkerungsgruppe, die am Arbeitsmarkt nur ein niedriges Leistungsniveau erreichte. Wie auch – ohne mitgebrachte Qualifikationen, geschweige denn Angeboten zu Spracherwerb oder Aus- und Weiterbildung. Aber, um das vorwegzunehmen: »Wir konnten bei dieser Gruppe in der zweiten und dritten Generation dann, trotz unseres selektiven Bildungssystems, einen enormen Bildungsaufstieg und damit eine starke soziale Mobilität nach oben beobachten. So besucht heute ein Drittel der Kinder, deren Eltern aus den klassischen Gastarbeiterländern stammen, das Gymnasium und weitere 20 Prozent Gesamtschulen. Das ist zwar noch weniger als im Bevölkerungsdurchschnitt, aber das Bildungsniveau hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angenähert. Das hätten wir nur schon viel früher haben können und müssen«, so der Wissenschaftler. Auch der immer wieder vorgebrachten Behauptung, das Sprach- und Bildungsniveau würde ab der dritten Generation wieder absinken, widerspricht Brücker vehement: »Das ist schlichtweg falsch und in keiner Weise durch die Forschung gedeckt.«

Mit dem Anwerbestopp für Gastarbeiter im Jahr 1973 etablierte sich in Deutschland jedenfalls eine restriktive Politik bezüglich der Erwerbsimmigration, die mindestens bis 2005 den Ton angab – stets auf Basis »des empirisch nur sehr begrenzt haltbaren Arguments, dass die Arbeitslosigkeit durch Zuwanderung weiter steigen würde«, so Brücker. Der Stand der Forschung spricht eher dafür, dass sich Migration zumindest langfristig weitgehend neutral auf Löhne und Beschäftigung auswirkt. Dafür treibt sie das Wachstum an. Und während man in jeder neuen Regierungserklärung der Schmidt- und Kohl-Ära lesen konnte, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, profitierten andere europäische Staaten bereits ökonomisch massiv von der Immigration, wie Wirtschaftsdaten belegen. Erst mit der Regierung Schröder fand um die Jahrtausendwende ein Umdenken statt. Zum ersten Mal wurde eine wünschenswerte Zuwanderung fehlender IT-Fachkräfte für die New Economy offen thematisiert und die vom damaligen Bundesinnenminister einberufene unabhängige Süßmuth-Kommission formu-

lierte nach 30 Jahren Immigrationsblockade eine geistige Wende: »Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland.« Da war sie, die späte Einsicht. Allerdings änderte sich dadurch zunächst nicht viel. Die Arbeitslosenzahlen erreichten 2005 in Deutschland ihren historischen Höchststand. In dieser Zeit hätte man mit Vorschlägen zu einer liberaleren Einwanderungspolitik keine Wahl gewinnen können. Ab 2010 kam dann aber sichtbar Bewegung in den Arbeitsmarkt und auch die Zahl der migrantischen Erwerbstätigen stieg in dieser Zeit von 2,5 auf 6 Millionen – ein ganz wesentlicher Beitrag zum Wohlstandszuwachs in den 2010er-Jahren.

Eine unsachliche Debatte

Flucht- und Familienmigration hatte es natürlich die ganze Zeit über gegeben. Mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 wurde dann nicht nur das deutsche Asylgesetz verschärft, sondern auch wieder der Ton in der gesamten Debatte. »Fluchtmigration ist aus verschiedensten Gründen immer problematischer und insofern hat es seine Berechtigung, dass wir so viel darüber reden, aber sie ist in ihrem Umfang wesentlich geringer, als man das allgemein annimmt. Im vergangenen Jahrzehnt lag der Anteil der humanitären Migration an den Zuzügen lediglich bei 15 %, am Bevölkerungswachstum etwas höher.« Wobei Brücker betont, dass die Geflüchteten aus der Ukraine hier nicht mit eingerechnet seien, die große »Flüchtlingswelle« von 2015 aber sehr wohl. Das Gros dieser Menschen habe rechtlich legitimierte Schutzansprüche: Zum Jahresende 2022 hätten unter den final entschiedenen Fällen 86 Prozent einen juristisch anerkannten Schutz- oder Aufenthaltsstatus gehabt. Zudem seien knapp zwei Drittel der 2015 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten heute erwerbstätig – verglichen mit 76 % in der deutschen Bevölkerung. Solche Zahlen werden in der öffentlichen Debatte nur selten angeführt.

Überhaupt bereitet Brücker der unsachliche öffentliche Diskurs die größten Sorgen: »Die meisten angeblichen Migrationsprobleme sind in Wahrheit soziale Probleme. Sie korrelieren mit geringem Bildungsniveau, niedrigem Einkommen, geringem sozialen Status etc. Und das führt dann eben oft zu deviantem Verhalten, also Kriminalität, Gewalt und ähnlichen Dingen. Aber das wird dann immer sehr schnell ethnisiert. Das Problem wird aus seinem komplexen Kontext genommen und als das spezifische Problem einer ganzen Gruppe skandalisiert. Und da ist eine ziemliche Unmenschlichkeit in die Diskurse eingesickert. Nicht nur an den politischen Rändern, sondern auch in der Mitte.« Dabei wäre es aus Brückers Sicht gerade jetzt so wichtig, dass wir in der Gesellschaft wieder anders über Migration reden. Nicht nur über die Probleme, sondern auch über die vielen Erfolge, die für ihn deutlich überwiegen. Wir müssten uns immer wieder bewusst machen, dass wir Migration brauchen, aus handfesten ökonomischen Gründen: Ohne Migration würde bis 2070 die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf 60 Prozent des gegenwärtigen Niveaus schrumpfen – bei einer steigenden Zahl älterer Menschen. Den demografi-

schen Wandel werden wir ohne Migration nicht bewältigen können. Aber in einer offenen Gesellschaft sprechen auch kulturelle Gründe für Migration: »Wir leben faktisch – und das ist eine empirische Beschreibung und überhaupt nichts Normatives – in einer multikulturellen Gesellschaft. Und das beziehe ich gar nicht auf die migrantische Bevölkerung. Es ist unsere Musik, unsere Küche, unsere bildende Kunst, die gesamte Alltags- und Hochkultur, die sich seit jeher ganz vieler kultureller Einflüsse aus der ganzen Welt bedient. Es sind die ›biodeutschen‹ Bürgerinnen und Bürger, die mitnichten die exakt gleichen, tradierten Werte teilen, sondern ganz unterschiedliche Lebensentwürfe und Einstellungen haben – zu Politik, zu Kunst, zu Sexualität etc. Das sind die Zeichen und Errungenschaften einer offenen Gesellschaft. Ökonomisch übersetzt sich das in höhere Produktivität durch mehr Kreativität, Vielfalt und Wettbewerb«, so Brücker.

Dabei geht es dem Wissenschaftler nicht darum, Probleme unter den Teppich zu kehren: »Ja, da kommen immer wieder neue Menschen von außen nach Deutschland. Meistens merken wir das gar nicht, manche erscheinen uns fremd, manche nehmen am gesellschaftlichen Leben teil, andere nicht. Gerade am Anfang leben viele Migrantinnen und Migranten in ihren eigenen Gruppen, das ist auch nicht problematisch, sofern die grundlegenden Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz geteilt werden. Es gibt natürlich auch Gruppen, in denen das nicht der Fall ist. Aber das sind Minderheiten. Der Großteil der Einwanderinnen und Einwanderer teilt unsere demokratischen Werte, die ja oft gerade der Grund sind, hierher zu kommen. Und dieser Großteil hat ein großes Interesse, an unserer Gesellschaft teilzuhaben und diese positiv mitzugestalten.« Diesem leidenschaftlichen Plädoyer des Ökonomen ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen – außer vielleicht ein paar kurze Antworten Brückers auf oft gestellte Fragen:



»AM WICHTIGSTEN WÄRE ES DERZEIT WOHL, IN DER GESAMTBEVÖLKERUNG EINE HÖHERE AKZEPTANZ UND EINE POSITIVERE SICHTWEISE ZU FÖRDERN.«

Prof. Dr. Herbert Brücker,
Mitglied Direktorium BIM

schaftlichen Gruppen und Schichten. Es gibt ohne Zweifel gegenwärtig auch einen israelbezogenen Antisemitismus unter Migrantinnen und Migranten aus dem arabischen Raum. Aber gerade die deutsche Bevölkerung hat wenig Grund zu Hochmut. Wir müssen uns diesem Problem in seinen unterschiedlichen Spielarten stellen, miteinander reden, die Ursachen ergründen und darüber aufklären.«

Ist die Integration in Deutschland gescheitert?

»Knapp 30 % unserer aktuellen Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Wie Befragungen zeigen, teilt die überwiegende Mehrheit die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auch der Trennung von staatlichen und religiösen Angelegenheiten. Die Bedrohung unserer Demokratie durch Migrantinnen und Migranten ist gegenwärtig sicherlich geringer als die desintegrativen, antidemokratischen und rassistischen Tendenzen, die man in Teilen der Mehrheitsgesellschaft beobachten kann. Es wurden in der Vergangenheit bei der Integration in Wirtschaft, das Bildungssystem und die Gesellschaft eindeutig Fehler gemacht und es sind noch immer viele Probleme zu lösen. Aber wir haben gerade in den vergangenen 20 Jahren auch viel dazugelernt und erreicht.«

Ist unser Land auf dem Weg der Islamisierung?

»Gerade einmal 7 bis 8 % unserer Bevölkerung kommen aus muslimisch geprägten Ländern – und das sind bei Weitem nicht immer Muslime. Der Großteil der eingewanderten Menschen ist konfessionslos, christlich-orthodox oder katholisch. Das gilt auch für die Einwanderung im letzten Jahrzehnt. Ein fundamentalistischer Islam lässt sich nur bei kleinen Minderheiten beobachten. Unsere Immigration ist heute zudem so divers, dass eigentlich keine bestimmte Gruppe je dominant werden kann.«

Was ist mit dem »neuen Antisemitismus«?

»Der ist ein nicht wirklich neues und vor allem ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in letzter Zeit nur sichtbarer, teilweise auch ausgeprägter geworden ist. Antisemitismus oder die Tendenz dazu zieht sich leider durch fast alle gesell-

Was müssen wir tun, damit Migration und Integration noch besser funktionieren?

»Am wichtigsten wäre es derzeit wohl, in der Gesamtbevölkerung eine höhere Akzeptanz und eine positivere Sichtweise zu fördern. Da haben sich zum Teil Haltungen und Stimmungen breit gemacht, durch die sich migrantische Mitbürgerinnen und Mitbürger alles andere als angenommen fühlen. Das weiß man aus Befragungen derer, die hier leben, aber auch unter denjenigen, die unser Land wieder verlassen haben. Und wir müssen echte Chancengleichheit erreichen. Angefangen von unserem noch immer hoch selektiven Bildungssystem – da hinken wir anderen OECD-Ländern hinterher – über die Arbeitswelt bis hin zur Wohnungssuche. Für alle zugewanderten Menschen sollten wir noch mehr Angebote zur Überwindung von Hürden aller Art schaffen, damit möglichst alle, die einen positiven Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten möchten, das auch tun können.«

PERSÖNLICHKEIT FÖRDERN – STATT ANPASSUNG FORDERN



Die START-Stiftung, die von der Hertie-Stiftung gegründet wurde, will jungen Menschen mit Migrationsbezug wichtige Impulse für ihren persönlichen und beruflichen Lebensweg geben. Im folgenden Interview spricht der Geschäftsführer, Farid Bidardel, über die Ziele der Initiative und die Jugendlichen, die sie erreichen will.

Herr Bidardel, Sie sind Geschäftsführer der START-Stiftung. Was hat es mit dieser Organisation auf sich und was will sie erreichen?

»START vergibt in erster Linie dreijährige Stipendien an ausgewählte Schülerinnen und Schüler mit Migrationsbezug – und zwar über alle Schularten hinweg. Wir möchten die jungen Menschen damit vor allem in ihrer Bildungsbiografie und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung fördern, sie aber auch zu gesellschaftlichem Engagement ermutigen. Es geht dabei um berufliche Orientierung, Austausch, Demokratie- und Medienkompetenz, aber auch um das Netzwerken und darum, nachhaltige Freundschaften zu schließen. Dazu gibt es im Rahmen des Stipendiums verschiedene Kurse, Workshops und Trainings – online oder auch in Präsenz – sowie finanzielle Unterstützung. Wir haben das Programm seit seiner Etablierung immer wieder verändert und weiterent-

wickelt, um zeitgemäß und bedürfnisgerecht zu bleiben: Ganz neu im Angebot haben wir jetzt einjährige Förderprogramme mit einem inhaltlichen Fokus wie »Berufsorientierung« oder »App-Programmierung«, um junge Menschen zu gewinnen, die sich eher einen bestimmten Förderschwerpunkt wünschen. Und es gibt nun auch ein komplett freizugängliches Community-Angebot, um noch mehr Jugendliche an START teilhaben zu lassen.«

Die Programme zielen ja sicherlich auch darauf ab, die Integration der Jugendlichen zu fördern, oder?

»Ehrlich gesagt finde ich den Begriff »Integration« an sich etwas problematisch. Er suggeriert, dass es eine homogene Mehrheitsgruppe gäbe, in die sich die Minderheitsgruppe einfügen soll. Wir möchten lieber eine Umgebung schaffen, in der eine gleichberechtigte Teilhabe aller möglich ist. Daher



»WIR WERTSCHÄTZEN DIE JUGENDLICHEN SO WIE SIE SIND UND BAUEN DANN GEMEINSAM DARAUF AUF.«

Farid Bidardel,
Geschäftsführer START-Stiftung

nehmen wir mit den Jugendlichen lieber eine Perspektive ein, in der wir sie als die Individuen anerkennen, die sie sind, um dann gemeinsam mit ihnen zu schauen, wie sie mit den Werten, Ideen und vor allem Talenten, die sie aus ihrem Hintergrund bereits mitbringen, ihren individuellen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten können. Ich denke, dass wir ihren Potenzialen so sehr viel eher gerecht werden, als wenn wir ihnen beibringen wollten, wie man in Deutschland zu sein, zu leben, zu arbeiten und zu funktionieren hat. Wir wertschätzen sie so wie sie sind und bauen dann gemeinsam darauf auf. Das stärkt ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Selbstsicherheit.«

Inwiefern mangelt es migrantischen jungen Menschen im Vergleich zu »biodeutschen« möglicherweise an Selbstsicherheit?

»Das kann man sich als nicht migrantische Person vielleicht kaum vorstellen, aber selbst wenn man keine direkte rassistische Diskriminierung erfahren würde – die man natürlich immer wieder erfährt –, ist da eben doch ein Anderssein gegenüber der Mehrheitsgesellschaft – das andere Aussehen, der »fremdländische« Name –, mit dem man im Alltag immer wieder konfrontiert wird. Oft passiert das in der an sich wohlmeinenden Frage, wo man eigentlich herkäme. Ich denke, das blockiert auf Dauer das Gefühl, wirklich dazuzugehören. Und dann wissen wir auch aus Studien, dass Hautfarbe und Name im Alltag zu realen Benachteiligungen führen. Wir wollen die jungen Menschen dahingehend in ihrer Persönlichkeit stärken, um mit solchen Situationen souveräner umgehen zu können. Aber es bräuhete wahrscheinlich auch einfach mehr Sichtbarkeit und Repräsentation migrantischer Menschen in der Gesellschaft, mehr Vorbilder.«

Beispiele für in unserer Gesellschaft sichtbare Persönlichkeiten mit Migrationsbezug gibt es ja schon. Man denke an den amtierenden Landwirtschaftsminister, das Ehepaar, das Biontech gegründet hat, verschiedene Kulturschaffende ...

»Natürlich, aber das sind nach wie vor Ausnahmen, die eher die Regel bestätigen. Und sie sind vielleicht auch schon wieder zu weit weg von den Jugendlichen. Wir waren vor kurzem mit einer Gruppe im Deutschen Bundestag zu Besuch und haben dort Kassem Taher Saleh getroffen, der seit 2021 Abgeordneter und ein START-Alumnus ist. Da gab es Reaktionen wie: »Wenn er das mit so einem Namen und so einer Herkunft geschafft hat, kann ich das vielleicht auch.« Es müsste einfach mehr Kassems in allen möglichen gesellschaftlichen Positionen geben, damit für diese jungen Leute überhaupt vorstellbar wird, was sie erreichen können, welche Ziele sie sich stecken sollten. Dafür bräuheten wir aber vor allem auch echte Chancengerechtigkeit.«

Wo geht die Reise für START hin? Was sind die nächsten Ziele?

»Zunächst wollen wir die eingangs erwähnten zusätzlichen Angebote weiter ausbauen, um mehr Jugendliche außerhalb des klassischen Stipendienprogramms zu erreichen. Seit der Gründung 2002 haben rund 3.500 von ihnen unser Programm durchlaufen – 10.000 oder 100.000 wären natürlich besser. Ein immer wichtigeres Thema wird sicherlich die Medienkompetenz, vor allem mit Blick auf Social Media. Da sind gerade benachteiligte und marginalisierte Jugendliche großen Gefahren ausgesetzt, die durch die steigende Verbreitung von KI massiv zunehmen werden. Deshalb müssen wir die jungen Menschen verstärkt gegen Phänomene wie Desinformation, Manipulation, Hassrede und Verschwörungserzählungen und durch Algorithmen generierte Meinungs-Bubbles wappnen. Darin sehe ich für uns eine extrem wichtige Aufgabe.«

DEN TAUSEND GESICHTERN DIE STIRN BIETEN

**Der Förderbereich
Multiple Sklerose**



Die Entdeckung war eine kleine Sensation – nicht nur für die paläogenetische Forschung: DNA-Analysen prähistorischer Knochenfunde haben gezeigt, dass die Genvariante HLA-DRB1*15:01 offenkundig im DNA-Gepäck der Jamnaja, einer sehr frühen Hirten- und Reiterkultur der Kupfersteinzeit, in den Norden und Nordwesten unseres Kontinents gewandert ist. Diese genetische Prädisposition gilt heute als ein entscheidender Risikofaktor für die Entstehung einer Multiplen Sklerose, kurz MS. Seit ihrer Gründung beschäftigt sich die Hertie-Stiftung mit dieser noch immer rätselhaften Autoimmunerkrankung.

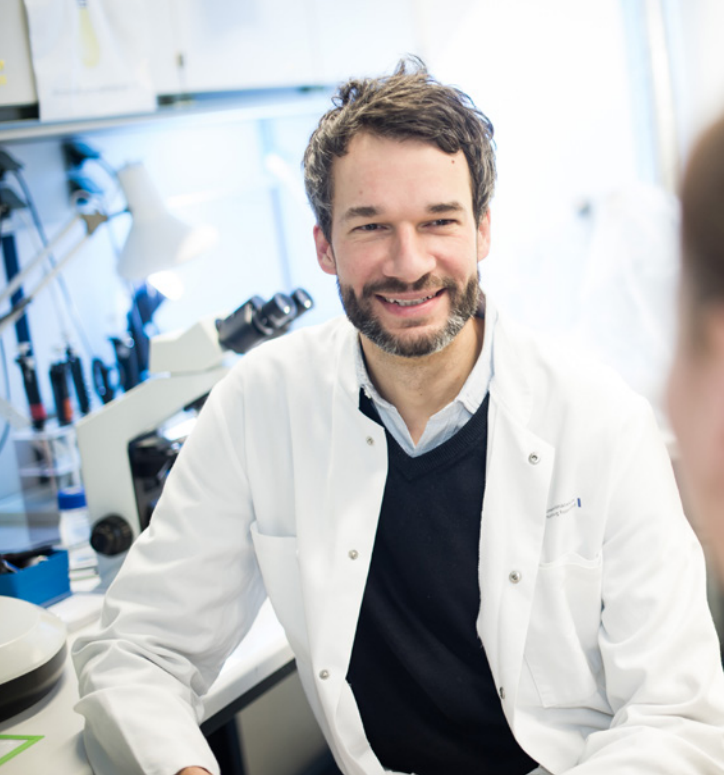
Allein in Deutschland leben derzeit rund 280.000 Menschen mit der Diagnose »Multiple Sklerose«. Bei dieser neuroimmunologischen Erkrankung greift das Immunsystem in einer Fehlleitung das eigene Nervensystem an. So entstehen dort Entzündungen, die wiederum verhärtetes Gewebe hinterlassen – sogenannte Sklerosen. Von »multipel« spricht man, weil das in den unterschiedlichsten Regionen des Zentralen Nervensystems passiert und so eine Vielzahl von neurologischen Symptomen am ganzen Körper hervorrufen kann. Von einem leichten Kribbeln der Haut bis hin zu ausgeprägten Lähmungserscheinungen, von kleinen Sehstörungen – oft eines der frühesten Symptome – bis hin zur zeitweisen Erblindung. Rund 80 % der Betroffenen leiden zudem unter mehr oder weniger stark ausgeprägten Erschöpfungszuständen, dem sogenannten Fatigue-Syndrom. All diese Symptome und noch einige weitere können in beliebigen Kombinationen auftreten – meistens in sogenannten Schüben. MS kann Menschen jedes Alters treffen, männliche wie weibliche, wobei Frauen ein rund vierfach höheres Risiko tragen. Manche Betroffene erleiden lediglich einmal im Leben einen einzigen Schub. Der kann unter Umständen so leicht sein, dass sie ihn kaum als solchen wahrnehmen. Andere wiederum reißt die Krankheit mit voller Wucht und völlig unerwartet aus ihrem Alltag. Dabei erscheint hinsichtlich der Symptome und Verläufe keine MS wie die andere, weshalb sie auch den Beinamen »Krankheit der tausend Gesichter« hat.

Die genauen Ursachen für die Entstehung einer MS sind noch längst nicht geklärt. Fest steht nur, dass es nicht den einen Auslöser gibt, sondern ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren – darunter die eingangs erwähnte Genvariante. Ein weiterer höchstwahrscheinlich entscheidender Faktor für das Auftreten einer MS ist das sogenannte Epstein-Barr-Virus, kurz EBV, von dem vermutet wird, dass es im Zusammenspiel mit anderen Faktoren zu den Auslösern einer MS zählen könnte. Hier befinden sich Impfstoffkandidaten in der fortgeschrittenen Entwicklung, auf die man die große Hoffnung setzt, dass eine ausbleibende Infektion auch eine MS verhindert. Diese wird jedoch längst nicht von allen Experten geteilt, wie auch das Gespräch hier mit einem renommierten Neuroimmunologen aus dem Hertie Network for Excellence in Clinical Neuroscience zeigt.

Das Hertie Network of Excellence in Clinical Neuroscience ist eine Forschungs- und Kooperationsallianz aus sechs Exzellenz-Standorten der klinischen Hirnforschung in ganz Deutschland. Das Netzwerk soll dazu beitragen, dass Forschende aus der Grundlagenforschung und aus der klinischen Forschung noch stärker zusammenarbeiten, um den Prozess der Translation weiter zu verbessern.

MS wird wohl auch auf längere Sicht nicht heilbar sein. Dennoch hat die Krankheit heute einen guten Teil von ihrem Schrecken und ihrem Stigma verloren – auch dank von der Hertie-Stiftung geförderter und teils initiierten Institutionen und Projekte. Seit 1974 flossen umgerechnet rund 70 Millionen Euro in den Förderbereich MS, rund zwei Drittel davon in die wissenschaftliche und klinische Arbeit. Zum Beispiel in das medMS-Doktorandenprogramm, mit dem man Medizinstudierende durch entsprechende Förderung für die MS-Forschung gewinnt. Von enormer Bedeutung war aber auch die Mitgründung und Anstoßförderung zweier universitärer Institute durch die Hertie-Stiftung: das IMSF – Institut für Neuroimmunologie und Multiple-Sklerose-Forschung an der Universitätsmedizin in Göttingen mit dem Schwerpunkt Grundlagenforschung sowie das Institut für Neuroimmunologie und Multiple Sklerose, kurz INIMS, am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Hier steht durch die gezielte Verbindung von Grundlagenforschung und klinischer Praxis die sogenannte Translation im Vordergrund, also die Übertragung von Erkenntnissen aus der Forschung in den therapeutischen Bereich.

Das INIMS wird heute von Prof. Dr. med. Manuel A. Friese geleitet. Er gilt als führender Spezialist für Neuroimmunologie im Kontext der MS. Im folgenden Gespräch gibt er ein paar Einblicke in die Arbeit seines Instituts sowie den allgemeinen Stand der MS-Forschung und der klinischen Praxis.



»ES LIEGT NOCH EIN WEITER WEG VOR UNS, WAS NICHT HEISST, DASS WIR NICHT BEREITS VIELE FORTSCHRITTE GEMACHT HÄTTEN.«

Prof. Dr. med. Manuel A. Friese,
Direktor INIMS

Welche Therapieansätze gelten derzeit als Hoffnungsträger?

»Was uns gerade etwas ernüchtert, ist die Anwendung von Immuntherapien in der MS, mit denen wir zwar die Schübe, also die akuten klinischen Symptome, sehr gut unterdrücken können. Das langfristige Voranschreiten der Krankheit bekommen wir damit aber leider nicht in den Griff. Aktuell verfolgen wir vor allem zwei therapeutische Ansätze. Auf der einen Seite in Richtung der direkten Bekämpfung der Entzündung im Nervensystem selbst, auf der anderen in Richtung einer erhöhten Resilienz der Nervenzellen gegenüber der Entzündung. Dazu schauen wir uns verstärkt Medikamente aus anderen Indikationen wie der Krebs- oder Diabetestherapie an. In der klinischen Praxis haben wir die wohl ersten MS-Patienten weltweit mit sogenannten CAR-T-Zellen behandelt, die bis ins Nervensystem vordringen können – eine innovative Therapieform aus der Onkologie. Auch führen wir vermehrt Stammzelltransplantationen durch, mit denen wir das Immunsystem zu einer Art »Reset« bringen möchten.«

Wie stehen Sie zur aktuell viel diskutierten EBV-Impfung? Ist die ein echter »Game Changer«?

»Ein hoch umstrittenes Thema. Der Zusammenhang zwischen EBV und MS steht dabei außer Frage. Schaut man aber evolutionär zurück, haben wir die EBV-Infektion womöglich bereits mit der Auswanderung des Homo sapiens aus Afrika mitgebracht und tragen sie heute wohl alle in uns. Daher scheint EBV eine wichtige Rolle im Menschen zu spielen, sonst wäre das im Lauf dieser langen Evolution wieder verschwunden. Wenn es zwischen dem Virus und uns also vielleicht auch symbiotische Effekte gibt, wissen wir noch gar nicht, ob wir mit einer EBV-Impfung nicht auch Schaden anrichten.«

Es bleibt also noch sehr viel zu erforschen und zu verstehen, bevor wir MS vielleicht eines Tages heilen oder – besser noch – ganz verhindern können.

»Ja, da liegt sicher noch ein weiter Weg vor uns, was aber nicht heißt, dass wir nicht bereits viele Fortschritte gemacht hätten. Und dazu hat auch die Hertie-Stiftung in mancherlei Hinsicht ihren Teil beigetragen. Neben vielen anderen Aspekten profitiere ich da heute sehr vom standortübergreifenden »Hertie Network of Excellence in Clinical Neuroscience«, das sich immer wieder als äußerst fruchtbar und wertvoll erweist. Dadurch sind viele Projekte, Interaktionen und auch Freundschaften entstanden, die wiederum der Forschung und der klinischen Arbeit zugutekommen – und damit schlussendlich auch den Patientinnen und Patienten.«

Herr Prof. Friese, warum sollten Medizinerinnen und Mediziner mit ihrer ärztlichen Ausrichtung überhaupt in die Forschung gehen, wo doch Biologen dafür eigentlich besser ausgebildet sind? Und bleibt Ihnen als forschendem Neurologen überhaupt noch Zeit für den Patientenkontakt?

»Ja, ich lege sogar großen Wert darauf, auch in der Patientenversorgung aktiv zu sein. Die Möglichkeit dazu macht unser Institut und meine Stelle hier ziemlich einzigartig. An zwei Tagen in der Woche sehe ich die Patientinnen und Patienten und kann so im Blick behalten, wo die größten Versorgungslücken für die Betroffenen sind. Aus dieser zweiseitigen Perspektive entstehen auch oft ganz neue Ideen und Impulse, gerade was den Einsatz von Medikamenten angeht. Das halte ich für sehr wertvoll. Derzeit beobachten wir aber einen dramatischen Rückgang bei den klinischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, also bei denjenigen, die sich aus der medizinischen Ausbildung heraus auch für die Forschung begeistern können, allein schon, weil das heute eine enorme Doppelbelastung bedeutet. Ich finde es daher toll, dass die Hertie-Stiftung genau das fördert.«

Was tut sich denn gerade in der Grundlagenforschung zur MS – was sind da aktuell die zentralen Themen?

»Da gibt es eine ganze Menge. Hier bei uns am Institut setzen wir uns derzeit schwerpunktmäßig damit auseinander, wie Nervenzellen nach einer chronischen Entzündung überhaupt absterben, also welche Mechanismen dabei ablaufen. Wenn wir die verstehen, können wir vielleicht eingreifen. Damit stehen wir aber noch ziemlich am Anfang. Außerdem versuchen wir unter anderem, aus der Schwangerschaft zu lernen. Wenn im Körper der Frau ein Kind heranwächst, das zu 50 % aus fremden Genen besteht, wird die Immunreaktion stark unterdrückt, damit es nicht abgestoßen wird. Es gibt vielversprechende Hinweise, dass wir daraus therapeutische Ansätze ableiten können. Und wir gehen in diesem Zusammenhang auch der Frage nach, warum Frauen grundsätzlich häufiger an MS erkranken als Männer.«

BETROFFENE DIREKT UNTERSTÜTZEN

Neben den wissenschaftlichen Förderungen spielt für die Hertie-Stiftung seit jeher auch die direkte Unterstützung von Menschen, die mit MS leben, eine wichtige Rolle. Allein in den vergangenen 20 Jahren flossen rund 12 Millionen Euro in diesen Bereich. Ein wichtiger und langjähriger Partner war und ist hier die DMSG – Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, die ihrerseits bereits seit über 70 Jahren als Patienten- und Selbsthilfeorganisation, aber auch mit vielen Forschungsprojekten aktiv ist. Vorstandsvorsitzende der DMSG auf Bundesebene ist heute Prof. Dr. Judith Haas, die sich bereits als junge Ärztin in den 1970er-Jahren mit MS beschäftigte, sich zu den Neuropsychologischen Störungen im MS-Kontext habilitierte und seit vielen Jahren in der DMSG aktiv ist. Sie erinnert sich zurück an die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung: »Ein wirklich großes Verdienst der Hertie-Stiftung war damals die Pauschalförderung der Landesverbände. Dadurch konnte es überhaupt erst gelingen, diese in den neuen Bundesländern aufzubauen. Das hätten wir aus eigenen Mitteln nicht geschafft.« Heute fördert die Hertie-Stiftung viele gemeinsame Initiativen, die sich vor allem um die Patienteninformation drehen, ein zentrales Anliegen der DMSG. Dazu Prof. Haas: »Ein ganz wichtiges Projekt ist sicherlich »Plan Baby bei MS«. Die Mehrzahl der MS-Erkrankten ist weiblich und gerade die Zahl betroffener junger Frauen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Da konnten wir zusammen ein wirklich wichtiges Beratungsangebot etablieren, das Fragen beantwortet und unbegründete Ängste nimmt.«

Im Patientenbereich ist die Hertie-Stiftung heute in vielfältiger Weise tätig. Über »mitMiSSion« können gemeinnützige Einrichtungen oder Vereine einen Förderantrag zu sozialen MS-Projekten stellen. Das gesamte Fördervolumen der Initiative für 2024 liegt bei 550.000 Euro. Seit über 30 Jahren gibt es zudem den mit jährlich insgesamt 25.000 Euro dotierten Hertie-Preis für Engagement und Selbsthilfe, bei dem neben MS auch andere neurologische Erkrankungen berücksichtigt werden. Dazu kommen Kommunikationskampagnen, die ganz allgemein über die Krankheit aufklären und gegen die Stigmatisierung der Betroffenen angehen, wie die Initiative »Gemeinsam. Menschlich. Erfolgreich.« zur Aufklärung über MS im Arbeitsleben. Und schließlich leistet die Hertie-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband auch bei Einzelpersonen unbürokratisch Hilfe in Notlagen oder fördert deren gesellschaftliche Teilhabe.

Ganz egal also, ob es um ein tieferes wissenschaftliches Verständnis oder um bessere therapeutische Optionen geht, ob um Information, Selbstwirksamkeit und Lebensqualität oder um gesellschaftliche Aufklärung und Entstigmatisierung. Auf unterschiedlichen Ebenen und mit vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren will und wird die Hertie-Stiftung sich auch weiterhin engagieren und der Krankheit mit den tausend Gesichtern die Stirn bieten.

»MIT DER PAUSCHALFÖRDERUNG DER LANDESVERBÄNDE KONNTEN WIR DIESE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG IN DEN NEUEN BUNDES-LÄNDERN AUFBAUEN.«

Prof. Dr. Judith Haas,
Vorstandsvorsitzende der DMSG



VOM LEBEN, ARBEITEN UND KÜMMERN



Das »audit berufundfamilie« und die gesellschaftliche Transformation

Als die Hertie-Stiftung 1974 ihre Fördertätigkeit aufnahm, war gerade die Gesellschaft in Westdeutschland noch voll und ganz geprägt vom traditionellen bürgerlichen Familienmodell mit der geschlechtshierarchischen Rollenverteilung: der Mann als Hauptverdiener und Familienoberhaupt, der sich vorrangig Beruf und Karriere zu widmen hatte.

Die Frau war dagegen als Mutter und »Hausfrau« – ein Begriff aus dem Spätmittelalter – mit allen übrigen Notwendigkeiten des häuslichen Lebens betraut, also mit all dem, was wir heute als Care-Arbeit bezeichnen. Diese Rollenverteilung war sogar im sogenannten Gleichberechtigungsgesetz von 1958 noch so festgeschrieben. Immerhin wurde Ehefrauen darin erstmals das Recht eingeräumt, ihr eigenes Vermögen selbst zu verwalten, und auch die uneingeschränkte Entscheidungsgewalt des Ehemanns über ihre Erwerbstätigkeit wurde formell abgeschafft. Allerdings mit der Einschränkung, dass diese »mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar« sein musste. Dieser Passus wurde tatsächlich erst 1977 gestrichen. Es war also bis in diese Zeit durchaus politischer Wille, dass der Großteil der Frauen in der Arbeitswelt bestenfalls eine Nebenrolle spielen sollte und sich so auch keine wirtschaftliche Unabhängigkeit und keine entsprechende Altersvorsorge aufbauen konnte.

Während all dieser Jahre schlugen jedoch mehr und mehr Frauen höhere Bildungs- und Ausbildungswege ein. Somit stellte sich aus makroökonomischer Perspektive die Frage, wozu eine Gesellschaft bei der Hälfte ihrer Bevölkerung in eine immer bessere berufliche Qualifikation investiert, wenn diese Potenziale nur sehr eingeschränkt dem Arbeitsmarkt und dem Bruttosozialprodukt zugutekommen, sondern stattdessen im trauten Heim verkümmern. Mit den höheren Qualifikationen – und nicht zuletzt auch angetrieben durch die stärker und lauter werdende Emanzipationsbewegung – stieg aber auch das Selbstbewusstsein der Frauen und mit ihm der Wille, sich beruflich genauso zu verwirklichen, wie das den Männern selbstverständlich war. Damit rückte zwangsläufig die drängende Frage ins öffentliche Bewusstsein, wie man die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben besser lösen könnte. Seitens der Politik gab es dafür keine tragfähigen Konzepte. Bei der Hertie-Stiftung wurde daher die Notwendigkeit einer familienbewussteren Personalpolitik auf Unternehmensseite erkannt. Die von ihr beauftragte Untersuchung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der deutschen Unternehmenslandschaft ergab: ein durchweg vernachlässigtes Thema. In ihrem Selbstverständnis als treibende Kraft für zukunftsorientierte Reformen hat die Stiftung zunächst den öffentlichen Diskurs angeregt, aber auch direkt die Entwicklung einer praktischen Lösung mit Blick auf die Arbeitgeber in die Hand genommen. So entstand 1998 die Initiative »berufundfamilie« als gemeinnützige GmbH, in der alle dahingehenden Stiftungsaktivitäten gebündelt wurden, sowie das »audit berufundfamilie« für Unternehmen. Bereits 1999 wurden die ersten Zertifikate vergeben. 2002 folgte das »audit familiengerechte hochschule«. 2005 wurde das universitäre »Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik« initiiert, das bereits 2006 auf wissenschaftlicher Basis einen eigenen Index zur Messbarkeit des Familienbewusstseins von unternehmerischen und anderen Organisationen entwickelt hatte. Seit 2016 agiert die »berufundfamilie Service GmbH« als wirtschaftlich autarkes, von der Stiftung abgekoppeltes, aber nach wie vor partnerschaftlich verbundenes Unternehmen.

Die Auditierung von Unternehmen, Institutionen und Hochschulen erfolgt mittels eines strategischen Prozesses, der immer an die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Organisation angepasst wird und sich auf acht personalpolitische Handlungsfelder stützt. Er umfasst dabei eine Ist-Analyse durch die Auditorinnen und Auditoren, gemeinsam definierte Zielvereinbarungen bzw. Handlungsprogramme und die Umsetzung in Maßnahmen. Die Überprüfung der Umsetzung erfolgt dabei jährlich durch die berufundfamilie Service GmbH. Deren Kuratorium, besetzt mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden, erteilt schlussendlich das Zertifikat zum audit berufundfamilie bzw. audit familiengerechte hochschule. Auch sind spätere Re-Auditierungen möglich. So gibt es zahlreiche Organisationen, die ihre Vereinbarkeitspolitik über Jahrzehnte hinweg mit dem audit gestalten. Einige Arbeitgeber ziehen sich nach einer gewissen Zeit wieder aus der Zertifizierung zurück, was natürlich nicht bedeuten muss, dass das Erreichte dadurch vernachlässigt wird. Im Allgemeinen gelingt durch den Auditierungsprozess eine nachhaltige Transformation hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben.

Stand in den ersten Jahren noch das Thema »Kinderbetreuung« im alleinigen Fokus, fanden ab den 2010er-Jahren auch durch den demografischen Wandel vermehrt Pflege- und allgemeine Betreuungssituationen Berücksichtigung. Bis heute ist die Perspektive noch ganzheitlicher geworden und das »audit« nimmt nun sämtliche Aspekte des außerberuflichen Lebens in den Blick. Damit geht es bei »berufundfamilie« nun um eine nachhaltige Personalpolitik, die familien- und lebensphasenbewusst ist und dabei auch die steigende Diversität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie ganz unterschiedliche Lebensentwürfe berücksichtigt. Der Begriff »Familie« im Namen steht heute für alle Bereiche, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für andere Menschen oder auch das Gemeinwohl Sorge tragen. Die zunehmende Ausdifferenzierung und Individualisierung innerhalb der Gesellschaft sowie die veränderten Erwartungen und Bedürfnisse jüngerer Generationen machen die Auditierungsprozesse komplexer. Es gibt noch viel zu tun, um die Lebens- und Arbeitswelt besser in Einklang zu bringen. Viele hervorragend qualifizierte Arbeitskräfte sind noch längst nicht in dem Maße in den Arbeitsmarkt integriert, wie das gesellschaftspolitisch wünschenswert wäre. Das betrifft weiterhin vor allem die Frauen, die noch immer die Hauptlast bei der Care-Arbeit tragen, aber auch Menschen mit Behinderungen, für die man entsprechende Rahmenbedingungen schaffen könnte. Dessen werden sich jedoch mehr und mehr Organisationen bewusst – auch mit Blick auf den Fachkräftemangel. Und denen zeigt »berufundfamilie« seit über 25 Jahren erfolgreich Lösungswege auf.

VERSCHIEDENE ZYKLEN IM ERWERBS- LEBEN BETRACHTEN



Andrea Nahles hat 2022 den Vorstandsvorsitz der Bundesagentur für Arbeit, kurz: BA, übernommen. Die studierte Germanistin und Politikwissenschaftlerin war über Jahrzehnte in der Politik aktiv, unter anderem als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Generalsekretärin und Vorsitzende der SPD wie auch der Bundestagsfraktion. Mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Bundespolitik, ihrer Perspektive als Behördenchefin und nicht zuletzt auch als Mutter verfügt sie über einen so vielfältigen wie fundierten Blick auf das Verhältnis von Lebenswelt und Arbeitswelt.

Frau Nahles, wie gestaltet sich denn der Arbeitsalltag als Vorstandsvorsitzende der größten Behörde Deutschlands?

»Mein Job bei der Bundesagentur für Arbeit umfasst grundsätzlich vier unterschiedliche Bereiche. Neben repräsentativen Aufgaben stehe ich im engen Austausch mit der Politik, was immer auch mit Terminen in Berlin verbunden ist. Dann besuche ich regelmäßig Arbeitsagenturen und Jobcenter in ganz Deutschland. Das ist mir wichtig, zum einen weil ich dabei viel lerne, zum anderen weil ich mich da als Chefin blicken lassen möchte. Und dann habe ich viel Innendienst in Nürnberg. Wir modeln die BA hier gerade ganz schön um, weil wir digitaler werden wollen und weil wir alle unsere Prozesse daraufhin überprüfen müssen, wie kundenorientiert sie sind. Bei so großen Organisationen wie der unseren gibt es auch immer die Neigung, sich zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen und weniger mit unserer Kundschaft, um die es ja letztlich geht.«

Da sieht es mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermutlich nicht ganz so einfach aus, oder?

»Meine Tochter kam zur Welt, da war ich gerade Generalsekretärin der SPD und wohl die erste Politikerin, die in ihrer aktiven Zeit schwanger wurde und den Job trotzdem weitergemacht hat. Sie ist jetzt dreizehn und es gar nicht anders gewohnt, als dass die Mutter erwerbstätig ist. Sie ist von Anfang an in so einer Art Dreieck zwischen Mutter, Vater und Oma aufgewachsen – daran hat sich nichts geändert. Ich bin heute vier Tage in der Woche weg und habe dann noch einen Tag Homeoffice. Für uns ist es ganz normal und wir haben das gut ausbalanciert. Natürlich ginge es nicht ohne die erwähnte Unterstützung. Ich bin aber zufrieden mit der Situation – und meine Tochter ist das wohl auch.«

Welche gesellschaftspolitischen Veränderungen im Verhältnis von Lebenswelt und Arbeitswelt waren denn aus Ihrer Sicht in den vergangenen Jahrzehnten am bedeutendsten?

»Am wichtigsten finde ich, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen schon sehr viel selbstverständlicher geworden ist. Meine Mutter war damals noch eine der ganz wenigen Frauen bei uns im Dorf, die überhaupt berufstätig waren. In meiner Generation, ich bin jetzt Anfang 50, ist das schon anders, auch wenn sich stark das Teilzeitmodell eingebürgert hat. Die Angebote in der Kinderbetreuung sind über die Jahre besser geworden. Der Kindergarten hat heute bis 16:00 Uhr geöffnet – als meine Tochter in diesem Alter war, ging das nur bis mittags. Da gibt es also jetzt die Chance für Mütter, zumindest zeitweise aus der Teilzeit herauszuwachsen. Das endet dann aber oft schon wieder mit der Grundschulphase und dem Halbtagsmodell dort. Von optimalen Bedingungen sind wir also noch weit entfernt. Die ganzen Betreuungsfragen müssten auf der politischen Ebene vollumfänglich

geklärt werden. Trotzdem kann man an den Zahlen sehen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen inzwischen bei ca. 72 % liegt, im Vergleich zu 79 % bei den Männern. Wir haben also eigentlich ganz gut aufgeholt und sind zumindest nicht mehr das Schlusslicht Europas. Schaut man sich dann aber die geleistete Wochenarbeitszeit der Frauen in Deutschland an, liegen wir mit gerade mal 31 Stunden auf dem vorletzten Platz in der gesamten EU. Das ist eben darauf zurückzuführen, dass sehr viele – ich würde sagen, zu viele – Frauen in Teilzeit, also im Schnitt nur knapp 22 Stunden pro Woche, erwerbstätig sind. Das reicht am Ende auf keinen Fall für eine auskömmliche Rente, die einen wirklich absichert.«

Hat sich denn noch gar nichts dahingehend getan, dass die Männer bei der Care-Arbeit stärker in die Verantwortung gehen?

»Doch, das muss man sagen. Seit der Einführung 2015 hat sich die Elternzeit von Männern von 17 % auf ganze 34 % im Jahr 2023 gesteigert. Die Männer werden aktiver. Es entwickelt sich und geht in die Richtung, dass die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern zunehmend in den Fokus rückt. Aber am Ziel sind wir noch nicht.«

Was könnte man noch tun, um in puncto Erwerbstätigkeit einer echten Gleichstellung zumindest näherzukommen?

»Unternehmen können auch jenseits gesetzlicher Regelungen schon etwas tun, um Frauen dazu zu bewegen, statt nur 22 Stunden zumindest vielleicht 30 Stunden zu arbeiten. Da könnte es zum Beispiel helfen, wenn sie wegen einer Betreuungssituation ein bisschen später kommen oder früher gehen können. Wir beobachten durchaus, dass auf Arbeitgeberseite die Bemühungen um Familienfreundlichkeit deutlich zugenommen haben. 2015 haben bei Befragungen noch 77 % von ihnen angegeben, dass ihnen familienfreundliche Maßnahmen wichtig seien, zuletzt waren es schon 86 %. Das führe ich auf die allgemeine Sensibilisierung für dieses Thema zurück, aber natürlich auch auf den hohen Fachkräftebedarf, den wir in Deutschland haben. Bei den Arbeitgebern entwickelt sich das in eine gute Richtung und auch die Politik hat sich endlich bewegt und die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 umgesetzt. Diese hat über lange Zeit völlig falsche Anreize gesetzt, bei denen es sich für teilzeitbeschäftigte Ehefrauen finanziell oft gar nicht gelohnt hätte, mehr zu arbeiten.«

Sind Sie mit dem »audit berufundfamilie« vertraut?

»Ja, das kenne ich sogar sehr gut. Wir haben es in meiner Zeit bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, die ich zwei Jahre lang geleitet habe, selbst durchlaufen und ich sehe darin auf jeden Fall einen hohen Mehrwert. Allein schon, weil so ein Prozess für Aufmerksamkeit für dieses ganz wichtige Thema sorgt und gezielt auch Männer ein-

schließt. So etwas führt zu einer wichtigen Reflexion und zu einem positiven Ruck in der Organisation. Vor allem wenn es nicht bei einer einmaligen Auditierung bleibt, sondern wenn man das dann auch fortschreibt und sich immer wieder der Prüfung stellt.«

Wir haben also einige Stellschrauben und Werkzeuge, mit denen wir bis heute schon positive Entwicklungen im Verhältnis von Lebenswelt und Arbeitswelt anstoßen konnten. Was würden Sie sich für die Zukunft noch wünschen?

»Ich würde mir wünschen, dass wir bei der Betrachtung und Ausgestaltung des Erwerbslebens die verschiedenen Lebenszyklen und die individuellen Lebensumstände der Menschen besser berücksichtigen. Wir pressen da alles noch immer in sehr feste und unflexible Schemata, die aus der Arbeitsorganisation in der industriellen Fertigung stammen. Und selbst da kann man heute über Apps eine flexiblere Schichtplanung hinbekommen. In anderen Branchen ist das Homeoffice schon mal ein großer Fortschritt, mit dem wir etwas mehr Luft reinkriegen. Generell könnte man die Arbeitszeiten gemäß bestimmter Lebensabschnitte organisieren. Da gibt es Phasen, in denen man voll in seinem Beruf aufgeht und vielleicht auch gerne mal Überstunden macht, und

eben auch Phasen, in denen man aus familiären oder auch Altersgründen etwas mehr Luft braucht. Und nicht zuletzt haben wir heute 1,3 Millionen Menschen, die in der Rentenzeit freiwillig weiterarbeiten, weil sie sich sagen: Ich will noch was machen, ich kann noch was vermitteln. Wenn wir lernen, hier viel flexibler zu denken, hätten wir am Ende vermutlich in Summe die gleiche Lebensarbeitsleistung, aber eben mehr Freiheiten und mehr Gestaltungsspielräume für all die anderen Dinge, die im Leben wichtig sind.«

»WENN WIR LERNEN, VIEL FLEXIBLER ZU DENKEN, HÄT- TEN WIR AM ENDE VERMUT- LICH DIE GLEICHE LEBENS- ARBEITSLEISTUNG.«

Andrea Nahles,
Vorstandsvorsitzende BA

#BC4D – UNTERNEHMENS- VERANTWORTUNG 2.0

Gegen Hassrede, Desinformation und Verschwörungserzählungen

Vor 25 Jahren hatte die Hertie-Stiftung erkannt, dass ein starker Hebel für die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt in den Unternehmen selbst ansetzen kann. An dieses Erkenntnis knüpft sie heute wieder an, um einer ganz anderen und neuen gesellschaftlichen Herausforderung zu begegnen: Hassrede, Desinformation und Verschwörungsmymen, wie sie sich heute vor allem in den sozialen Medien ungehindert ausbreiten, bedrohen zunehmend unsere liberale Demokratie und den sozialen Frieden. Das haben längst auch Unternehmer und Manager erkannt. Vor diesem Hintergrund hat die Hertie-Stiftung zusammen mit dem ISD – Institute for Strategic Dialog und der Robert Bosch Stiftung den BC4D – Business Council for Democracy ins Leben gerufen. Das Netzwerk versteht sich als eine Allianz von Unternehmen gegen die Feinde unserer offenen und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Es bietet zugleich praxisorientierte Schulungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in denen Kompetenzen für eine starke digitale Bürgerkultur vermittelt werden, in der Vielfalt, Toleranz und Respekt erhalten bleiben. Der BC4D hat 2021 seine Arbeit aufgenommen und vereinte bereits im 1. Quartal 2024 rund 125 engagierte Unternehmen.

SAILING THE SEAS OF GOOD GOVERNANCE

Die Hertie School –
seit 20 Jahren auf
Erfolgskurs



Um das Jahr 2000 herum war das deutsche Hochschulwesen in schwere See geraten und der Sturm der öffentlichen Kritik peitschte heftig darauf ein: Ineffizienz und Reformunfähigkeit, zu lange Studienzeiten bei viel zu hohen Abbruchquoten, Mängel in der Lehre, fehlender Praxisbezug, keinerlei internationale Wettbewerbsfähigkeit etc. Inmitten dieser hohen Wellen setzte im Jahr 2003 eine von der Hertie-Stiftung gegründete kleine Privathochschule die Segel, der nicht wenige damals baldigen Schiffbruch prophezeiten.

Als erster Kapitän stand der Politikwissenschaftler Michael Zürn mit dem Etappenziel am Steuer, eine unabhängige, innovative und international ausgerichtete Governance School zu etablieren, wie man sie von amerikanischen Eliteuniversitäten kennt. Hier sollte zum ersten Mal in Deutschland gezielt Nachwuchs für die Verwaltung und andere Bereiche des öffentlichen Sektors ausgebildet werden. Mit einem Studiengang »Master of Public Policy« und 27 Studierenden stach man 2004 in See. In der Proviantkiste: viel Pioniergeist und ein ganzer Sack voll Idealismus. Aus der Fahrt ins Ungewisse wurde bald ein stabiler Erfolgskurs. Auf

Zürn als Gründungspräsidenten folgten mit dem Soziologen Helmut K. Anheier, dem Wirtschaftswissenschaftler Henrik Enderlein und zuletzt der Politikwissenschaftlerin Cornelia Woll über die Jahre weitere prägende Persönlichkeiten an der Spitze. Heute hat die Hertie School mit ihrer wachsenden internationalen Reputation rund 800 Studierende aus 70 Ländern an Bord.

Dabei waren die anfänglichen Zweifel groß: Zunächst einmal war das Konzept der Graduate Schools gerade in den deutschen Sozial- und Politikwissenschaften noch völlig un-

bekannt. Nicht minder neu – und umstritten – war es damals, die Studiengänge ausschließlich in Englisch anzubieten. Last but not least: Hinter den amerikanischen Vorbildern wie der renommierten Harvard Kennedy School stehen so einflussreiche wie finanzstarke Eliteuniversitäten, wie es sie in Deutschland nicht gibt. Doch die Frage, ob dieses waghalsige Experiment überhaupt gelingt, kann man heute getrost bejahen. Denn spätestens nachdem man 2012 sogar das Promotionsrecht errungen hatte, sind die Zweifler verstummt.

Die Hertie School will ihre Studierenden gezielt auf Führungsaufgaben im öffentlichen Sektor, in der Zivilgesellschaft, aber auch in der Wirtschaft vorbereiten. Dabei verfolgt sie stets auch das idealistische Ziel, die Welt ein bisschen besser zu machen, indem ihre Absolventinnen und Absolventen Schlüsselpositionen im Politik-, Verwaltungs- und Gemeinwesen besetzen, um dort Reformen voranzutreiben. Zwar folgen heute knapp 50 % von ihnen dem Ruf des lukra-

tiveren privatwirtschaftlichen Sektors. Knapp 30 % besetzen aber tatsächlich Positionen in Ministerien und Behörden, weitere rund 25 % in NGOs und anderen gemeinnützigen Organisationen.

Der Erfolg der Hertie School fußt im Wesentlichen auf zwei Säulen: Zum einen ist das die enge Verbindung von hohem Forschungsanspruch und ausgeprägtem Praxisbezug, wie man sie in den Sozialwissenschaften hierzulande so kaum findet, zum anderen die Internationalität und Interkulturalität wie auch die institutionelle Vernetzung. So segelt die Hertie School heute im partnerschaftlichen Verbund mit renommierten Institutionen wie der London School of Economics, der Sciences Po in Paris oder der Columbia University in New York. Und dabei ist sie in ihrem Wesenskern stets die etwas kleinere, agile und dennoch hochseegängige Yacht geblieben, als die sie einst vom Stapel lief.

Hier kommen fünf Alumnae und Alumni zu Wort – stellvertretend für rund 2.750 weltweit –, die in der Hertie School entscheidende Impulse dafür bekamen, ihren Idealismus zur Profession zu machen.

»Ich mache mir Sorgen, dass der EU-Erweiterungsprozess irreparabel verzerrt wurde. Ich hoffe, dass meine Arbeit dazu beitragen kann, ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, warum eine glaubwürdige EU-Erweiterungspolitik für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Beitrittsländer sowie für die Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität der EU unerlässlich ist.«

BESA SHAHINI war unter anderem bereits Ministerin für Bildung, Sport und Jugend in Albanien und engagierte sich als Politikanalystin in verschiedenen Think Tanks. Ihr Werdegang führte sie gleich zwei Mal an die Hertie School. Zunächst absolvierte sie hier ihren Master of Public Policy, im letzten Jahr kehrte sie als »Henrik Enderlein Fellow« zurück. Hier setzt sie sich aktuell mit EU-Erweiterungsthemen am Jacques Delors Centre auseinander. Sie ist derzeit zudem Bürgerdeputierte des Partizipations- und Integrationsausschusses in Pankow.



»Es liegt mir am Herzen, in Berlin weiterhin Räume für die Beteiligung von Personen mit internationalen Erfahrungen zu öffnen, ausgehend von meiner sozialen und politischen Arbeit auf lokaler Ebene, wobei das Gemeinschaftsleben ein Markenzeichen meiner Arbeit sein wird.«

MARITA ORBEGOSO ALVAREZ ist eine soziale Netzwerkerin und Community-Organisatorin, die sich, angeregt durch ihre eigene Migrationsgeschichte und ihr Studium an der Hertie School, im Berliner Bezirk Pankow engagiert, um die Mehrsprachigkeit sowie die Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie Vereine und Arbeitskreise gegründet wie MaMis en Movimiento e.V., »Migra Up!«, den AK Lingua Pankow oder zuletzt MigrArte Perú e.V.



»Wir in Deutschland sind gezeichnet von europäischer Geschichte und haben diese mit Weltkriegen und Holocaust geprägt. Das ist die Verantwortung, die Deutschland in Europa trägt und der wir heute umso mehr gerecht werden müssen. Lasst uns daher ein starkes, demokratisches und handlungsfähiges Europa bauen. Lasst uns den Extremen und der kursierenden Angst einen mutigen und begeisternden Plan für die Zukunft entgegensetzen. Europa ist unsere Antwort auf die Demokratiekrise.«

DAMIAN BOESELAGER ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitbegründer der paneuropäischen Bewegung und Partei Volt und deren Spitzenkandidat in Deutschland für die Europawahl 2024. Er hat Philosophie und Wirtschaft studiert und einen Doppel-Master in öffentlicher Verwaltung vom SIPA der Columbia University in New York City und der Hertie School.



»Mit meiner Arbeit will ich einen gesellschaftlichen Mehrwert leisten, sei es als Sanitätsoffizier bei der Bundeswehr für unser Land, als Arzt in der Klinik für meine Patienten, als Professor an der Universität für meine Studentinnen und Studenten oder in der wissenschaftlichen Politikberatung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit.«

PROF. DR. SASCHA AL DAHOUK ist Wissenschaftlicher Direktor und Leiter der Abteilung Umwelthygiene am Umweltbundesamt. Am Anfang seiner beruflichen Laufbahn stand die Medizin mit zahlreichen Stationen bei namhaften klinischen und wissenschaftlichen Einrichtungen – zuletzt als Oberarzt am Universitätsklinikum der RWTH Aachen. An der Hertie School erlangte Prof. Al Dahouk den Executive Master of Public Administration mit den Schwerpunkten Governance, Management und Strategieentwicklung.



»Eine Welt der Gleichberechtigung ist erreichbar, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Zukunft lässt nicht auf sich warten, sie ist jetzt. Ich strebe mit meiner Arbeit danach, aktiv, konstruktiv und nachhaltig an ihrer Gestaltung teilzuhaben.«

YOLANDA SYLVANA ROTHER ist Mitbegründerin von »The Impact Company«, einem Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Diversität, Gleichheit und Inklusion in Wirtschaft und Arbeitswelt. Sie moderiert und referiert zu Themen rund um die digitale Gesellschaft, Politik und Open Government, Diversität und Nachhaltigkeit. Nach ihrem Studium der Amerikanistik und der Sozialwissenschaften sowie Aufenthalt und Praktika in den USA hat sie ihren Master of Public Policy an der Hertie School mit dem Fokus auf öffentlicher Verwaltung absolviert.



Einige Wegbegleiter



¹ Otto Schily, Kurt Biedenkopf und Gerhard Schröder in der Hertie School | ² Bernhard Wunderlin, Dagmar Schipanski und Lord Simon of Highbury | ³ Christian Wulff beim MS-Benefizkonzert | ⁴ START-Jubiläum mit Joachim Gauck im Frankfurter Römer | ⁵ Horst Köhler bei »Jugend debattiert« | ⁶ Reginald Graf von Norman und seine Schwester Sabine Gräfin von Norman als Vertreter der Stifterfamilie mit Frank-J. Weise | ⁷ Henrik Enderlein und Emmanuel Macron in der Hertie School

Bildnachweis U2: 1 Sven Lambert | 2 Karg'sche Familienstiftung | 3 Die Arbeiter | 4 Hertie School | 5 Martin Joppen | 6 Hertie School | 7 Martin Joppen | S. 10 Studio Lemrich | S. 14 Studio Lemrich | S. 15 Ingo Rappers | S. 20 picture-alliance/dpa/Ossinger | S. 23 Stefan Brending | S. 24 Irem Kurt | S. 25 Abbi Wensyel | S. 26 gettyimages | S. 28 UKE | S. 29 DMSG Johannes Kirchherr | S. 30 gettyimages/Digital Vision | S. 32 BA Sonja Och | S. 35 Hertie School | U3: 1 Hertie School | 2 Martin Joppen | 3 Thomas Ernst | 4 Erol Gurian | 5 Sven Lambert | 6 Martin Joppen | 7 Maurice Weiss | Illustrationen: André Gottschalk



Impressum

Herausgeber:
Gemeinnützige Hertie-Stiftung
Grüneburgweg 105
60323 Frankfurt am Main
+49 69 660756-0
info@ghst.de
www.ghst.de

Projektleitung und Redaktion

Julia Ihmels
Carmen Jacobi
Michael Naser (Fuenfwerken)
Konzeption und Gestaltung
Fuenfwerken Design AG

© Mai 2024